



VERNUNFT, GERECHTIGKEIT, DEMOKRATIE...

**...FÜR UNSERE KOMMUNEN IN
NIEDERSACHSEN**

Kommunalwahl-Rahmenprogramm
Niedersachsen



Inhalt

Präambel	3
1. Demokratische Erneuerung und Bürgerbeteiligung	5
2. Arbeit und Soziales.....	8
3. Kommunale Gesundheitspolitik.....	12
4. Bildung und Schule	15
5. Frauenpolitik: Chancengleichheit statt Identitätspolitik.....	20
6. Verkehr und Mobilität – vernünftig. sozial. nachhaltig.	22
7. Wohnen und Bauen.....	25
8. Kommunale Wirtschaft	29
9. Kommunale Finanzen	32
10. Kommunale Friedenspolitik, Städtepartnerschaften und Erinnerungskultur	35
11. Kultur, Sport und Vereinsleben	37
12. Umwelt- und Klimaschutz.....	39
13. Land- und Forstwirtschaft.....	41
14. Kinder- und Jugendschutz	42

Präambel

Unsere Kommunen: Ausgangspunkt für eine demokratische Erneuerung

Demokratie und Wirtschaft in unserem Land befinden sich in einer tiefen Krise. Der politische Diskurs ist vergiftet. Vermeintliche und tatsächliche politische Gegner werden aus der selbsternannten „demokratischen Mitte“ heraus oft auf unlautere Weise diffamiert und diskreditiert. Hinzu kommen eine langanhaltende Wirtschaftskrise sowie zunehmende soziale Ungerechtigkeiten. Wir nehmen das nicht länger hin.

Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage sind gute Orte, um Ungerechtigkeiten und falschen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es geht um nicht weniger als eine demokratische Erneuerung unseres Landes. Die Kommunalpolitik ist ein geeigneter Ort, um damit zu beginnen.

Wir wollen, dass gute Argumente und tragfähige Konzepte wieder eine reale Chance bekommen, in konkrete Politik umgesetzt zu werden. Diskussionen und demokratischer Streit müssen mit Respekt und in geistiger Offenheit geführt werden. Wir wollen die Verkrustungen aufbrechen, die die alten Parteien auf allen politischen Ebenen verursacht haben.

Das BSW vertritt als einzige Partei in Deutschland einen klaren außenpolitischen Kurs, der auf Diplomatie und Interessenausgleich setzt – statt auf Eskalation und Aufrüstung. Für diese Position machen wir uns auf allen Ebenen stark.

In der Kommunalpolitik setzen wir auf eigene Ansätze in der Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie in Fragen von Demokratie und Meinungsfreiheit. Das BSW Niedersachsen legt zur Kommunalwahl 2026 ein umfassendes Eckpunktepapier für alle kommunalpolitischen Themenfelder vor. Als neue Partei leiten wir konkrete politische Maßnahmen konsequent aus unseren Gründungsideen ab. Wir wollen kritisch, aber konstruktiv und mit Vernunft und Gerechtigkeit in den kommunalen Parlamenten mitwirken.

Die kommunalen Parlamente sind gute Orte, um sich der Spaltung der Gesellschaft entgegenzustellen. Sie sind die richtigen Orte, um sich für Bürgerrechte und Demokratie einzusetzen – und gegen übergriffige Tech-Konzerne sowie einen sich abzeichnenden Überwachungsstaat. Sie sind ebenso die richtigen Orte, um sich für die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen, älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen starkzumachen.

Unsere Gesellschaft hat sich stark verändert. Die Politik hat auf diese Veränderungen oft keine oder die falschen Antworten gegeben. Eine zentrale Ursache der Krise unserer Demokratie liegt in der ideologiegetriebenen Politik der alten Parteien, die gesellschaftliche Spaltungen vertieft und keine tragfähigen Antworten auf die wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen unserer Zeit liefert. Die Regierungen der letzten Jahre haben zugesehen, wie unsere Infrastruktur immer weiter verfällt und Deutschland international zunehmend den Anschluss verliert. Ein schwerer Fehler war die undifferenzierte Privatisierungspolitik der vergangenen

Jahrzehnte, mit der staatliche Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand gegeben wurden. Zu oft wurde das Gemeinwohl dem Dogma von Wettbewerb und Konkurrenzdenken untergeordnet. Dieses Politikmodell ist an seine Grenzen gekommen.

Wir stehen für eine gemeinwohlorientierte Politik im Interesse der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen wegkommen von der Kommerzialisierung und Überregulierung aller Lebensbereiche. Die überbordende Bürokratie ist nicht nur im Alltag ärgerlich und ein Hemmnis für die Wirtschaft, sie schwächt auch den sozialen Zusammenhalt.

Wir wollen die alltäglichen Probleme der Menschen in den Mittelpunkt stellen und lösungsorientierte Ideen entwickeln. Damit stellen wir uns nicht gegen private Initiativen – im Gegenteil: Wir sind überzeugt, dass ein handlungsfähiger, verantwortungsvoller Staat, der den Menschen auf Augenhöhe begegnet und alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gleichbehandelt, die Grundlage für private Initiativen bildet, sei es in der Wirtschaft oder ehrenamtlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1. DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG UND BÜRGERBETEILIGUNG

Unser Ziel für die niedersächsischen Kommunen ist eine Demokratie, die täglich gelebt wird – offen, gerecht und mit gleichen Beteiligungsmöglichkeiten für alle. In einer demokratischen Gesellschaft begegnen sich die Menschen mit Respekt und auf Augenhöhe. Dazu gehört auch, dass unbequeme Meinungen respektiert werden. „Cancel culture“ lehnen wir ab. Als BSW machen wir uns für eine Politik stark, die direkt aus der Gesellschaft kommt. Auch auf kommunaler Ebene braucht es mehr Transparenz und echte Mitsprache für alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir setzen uns für niedrigere Hürden bei Bürgerbegehren ein. Die Kommunen sollen die Bürgerinnen und Bürger gut informieren und beraten, damit politische Anliegen unkompliziert als Bürgerbegehren eingebracht werden können. **Die Verfahren zum Ablauf von Bürgerbegehren müssen transparent und bürgerfreundlich gestaltet werden.**

Nach positiv entschiedenen Bürgerbegehren sollen die Initiatorinnen und Initiatoren die Möglichkeit erhalten, die Verwaltungen der Kommune in öffentlichen Bürgerversammlungen zur Umsetzung des Beschlusses zu konsultieren. Damit wird der Umsetzungsprozess öffentlich und transparent begleitet.

Das Unterschriftenquorum für Bürgerbegehren soll einheitlich auf 5 % der Wahlberechtigten abgesenkt werden – auch für mittelgroße und kleinere Gemeinden (derzeit liegt es teilweise bei 7,5 % bzw. 10 %). Das Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden soll weiterhin bei 20 % liegen, um eine ausreichende demokratische Legitimation sicherzustellen. In diesen Fragen ist insbesondere die Landesregierung gefordert.

Transparenz ist die Grundlage von Vertrauen. Wir werden darauf hinwirken, das Verwaltungshandeln transparent zu gestalten („gläsernes Rathaus“). **Alle Angelegenheiten sollen in den Sitzungen der Räte und ihrer Ausschüsse öffentlich beraten werden,** soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Wir wollen kommunale Online-Plattformen schaffen, die verständlich über Haushaltsdaten, Fördermittel und Ratsbeschlüsse informieren. Ratssitzungen und Ausschusssitzungen sollen per Livestream übertragen und dauerhaft abrufbar sein. Eine zentrale Anlaufstelle für Bürgeranliegen in der Verwaltung baut bürokratische Hürden ab und erleichtert den direkten Kontakt.

Bürgerbeteiligung soll auch digital modern und barrierefrei gestaltet werden.

Dafür setzen wir auf Open-Source-Plattformen. Hybridformate – also eine Kombination aus Online- und Präsenzveranstaltungen – stellen sicher, dass alle Bevölkerungsgruppen teilnehmen können. Vor Ort sollen Schulungen und technische Unterstützung angeboten werden, damit niemand ausgeschlossen wird.

Auch die Digitalisierung darf niemanden ausschließen: Internetseiten, Online-Dienste und Formulare der Kommunen müssen barrierefrei gestaltet sein. Zusätzlich sind Informationen in Leichter Sprache bereitzustellen.

Auch bei der Förderung von Vereinen und Initiativen setzen wir auf Transparenz. Kommunale Fördermittel für sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) müssen offengelegt werden. **NGOs, die politische Bildung betreiben, dürfen öffentliche**

Mittel nur dann erhalten, wenn diese Bildung in geistiger Offenheit erfolgt; Parteilichkeit ist auszuschließen. Der „Beutelsbacher Konsens“ der politischen Bildung von 1976 ist zwingend einzuhalten und soll den demokratischen Gehalt sicherstellen. Das bedeutet:

Es darf keine einseitigen Darstellungen politischer Sachverhalte geben; relevante Gegenpositionen dürfen nicht verschwiegen werden. Es darf keine Indoktrinierung erfolgen, andere Meinungen dürfen nicht „überfahren“ werden. Politische Situationen müssen analysiert und bewertet werden, ohne dass das Ergebnis von vornherein feststeht. Förderwürdig sind nur Organisationen, die überzeugende Konzepte im Sinne dieser Grundsätze vorlegen.

Wir fordern eine kompromisslose Rückkehr zu einer offenen und pluralistischen Debattenkultur in unseren Kommunen und Kultureinrichtungen. Der wachsende Druck der Konformität und die zunehmende Ausgrenzung von Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Bürgern, die eine fundierte und völkerrechtlich begründete Kritik an geopolitischen Entwicklungen – wie der Politik der israelischen Regierung im Nahostkonflikt – äußern, spaltet unsere Gesellschaft. Kommunale Räume, Universitäten und Kultureinrichtungen müssen Orte des freien Austauschs bleiben. Eine pauschale Diffamierung sachlicher Kritik als Antisemitismus lehnen wir ebenso ab wie jede Form von tatsächlichem Antisemitismus, Rassismus oder religiöser Hetze. Die Vergabe öffentlicher Mittel oder Räume darf nicht von politischer Gesinnungsprüfung abhängig gemacht werden oder deren Legitimität durch das Streichen von Fördermitteln, ob auf bundes-, landes- oder kommunaler Ebene, in Abrede zu stellen.

Generell ist das Antrags- und Förderwesen der Kommunen im Bereich freiwilliger Leistungen transparent zu gestalten, soweit dies rechtlich möglich ist.

Wir treten für eine starke kommunale Selbstverwaltung ein. Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo die Menschen leben. Bei Rekommunalisierungen – etwa von Stadtwerken oder Wohnungsbeständen – sollen Bürgergremien beratend eingebunden werden. Öffentliche Räume wie Bürgerhäuser und Bibliotheken müssen Initiativen und Bürgerversammlungen gebührenfrei zur Verfügung stehen.

Großprojekte dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg beschlossen werden. Wir fordern verbindliche Bürgerforen, bevor Bau- oder Verkehrsprojekte auf den Weg gebracht werden. Kosten, Umweltfolgen und soziale Auswirkungen müssen transparent offengelegt werden.

Niedersachsen ist eines von zwei Bundesländern ohne Informationsfreiheitsgesetz. **Die Kommunen sollen daher alle Möglichkeiten im Rahmen ihrer Satzungen nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu amtlichen Informationen zu gewähren,** soweit dem keine rechtlichen Gründe entgegenstehen.

Um Missstände frühzeitig zu erkennen, setzen wir uns für unabhängige kommunale Ombudsstellen ein, an die sich Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltungsmitarbeitende vertraulich wenden können. **Whistleblower müssen klar geschützt werden.** Gleichzeitig wollen wir kommunale Informationsfreiheitsatzungen einführen, die einen freien Zugang zu amtlichen Informationen garantieren. Wichtige Daten sollen offen, maschinenlesbar und leicht zugänglich veröffentlicht werden. Ein kommunales Demokratie-Dashboard macht nachvollziehbar, was politisch und finanziell geschieht.

Für mehr Transparenz fordern wir kommunale Transparenzregister, in denen die Auftragsvergabe übersichtlich dargestellt wird. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einführung von Korruptionsbeauftragten sowie für offene Datenplattformen ein, die Haushaltszahlen, Bauprojekte, Umwelt- und Verkehrsdaten sowie Fördermittel leicht zugänglich machen.

Schließlich wollen wir die Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement verbessern. Ehrenamtliche Ratsmitglieder und Ortsräte sollen stärker unterstützt werden – von Kinderbetreuung während Sitzungen über bessere digitale Arbeitsmittel bis hin zu einer angemessenen Aufwandsentschädigung. Politik darf kein Privileg für Menschen mit viel Zeit und Geld sein.

Jugendparlamente und Schülerräte sollen in allen Kommunen eingeführt werden. Sie erhalten eigene Budgets und Mitsprache bei Projekten, die junge Menschen betreffen. Dazu gehören verbindliche Konzepte, die sicherstellen, dass alle Schülergruppen ab 14 Jahren sowie alle Schulformen gleichberechtigt beteiligt werden.

Die niedersächsischen Kommunen sollen zweimal jährlich Bürgerversammlungen in einem angemessenen Rahmen, auf Stadtteil- oder Bezirksebene durchführen. Die Versammlungen schaffen die Möglichkeit, Anliegen der Bewohner sowie die Planungen von Rat und Verwaltung vorzustellen und zu diskutieren. Alle Bürgerinnen und Bürger haben Rederecht. Einladungen für diese Versammlungen sollen schriftlich erfolgen

Wir stehen Bürgerräten auf Basis von Losverfahren offen gegenüber, die als zufällig ausgeloste Gruppen konkrete Empfehlungen erarbeiten – etwa bei Fragen der Stadt- oder Verkehrsplanung. Quartiers- und Nachbarschaftsräte ermöglichen direkte Mitsprache vor Ort. Eine jährliche Bürger-Prioritätenliste bei Investitionen kann sicherstellen, dass die Bevölkerung aktiv an der Festlegung kommunaler Ausgabenschwerpunkte beteiligt wird.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine tatsächlich repräsentative Zusammensetzung unter den gegebenen Bedingungen kaum herzustellen ist, da niemand zur Teilnahme an einem Bürgerrat verpflichtet werden kann. Die Folge kann eine Überrepräsentation von Menschen mit zeitlichen und finanziellen Ressourcen sein. **Solange keine gesetzlichen Grundlagen für eine gesicherte Repräsentativität bestehen, können Bürgerräte daher nur Pilotcharakter haben.**

Die kommunale Genossenschaftsförderung soll ausgeweitet werden. Bürgergenossenschaften in den Bereichen Energie, Wohnen oder Kultur sollen Startfonds und Beratung erhalten. Auch solidarische Wirtschaftsformen wie Tauschbörsen, Repair-Cafés oder Gemeinschaftsgärten wollen wir gezielt fördern. Kommunale Aufträge sollen bevorzugt an lokale Betriebe vergeben werden, die nach Gemeinwohlkriterien wirtschaften.

Unsere Forderungen:

- **Transparente Darstellung der Abläufe und Verfahren von Bürgerbegehren durch die kommunalen Verwaltungen.**
- **Absenkung der rechtlichen Hürden und Quoren für Bürgerbegehren auf 5 % der wahlberechtigten Bevölkerung.**

- Öffentliche Bürgerveranstaltungen zu positiv entschiedenen Bürgerentscheiden; die Initiatorinnen und Initiatoren erhalten Rede- und Fragerecht zur Umsetzung.
- Die Kommunen sollen die Informationsfreiheit für amtliche Informationen im Rahmen ihrer Satzungen so weit wie rechtlich möglich ausweiten.
- Mehr Transparenz wagen: Sitzungen der Räte und zugehörigen Ausschüsse müssen öffentlich stattfinden, soweit rechtlich zulässig; nichtöffentliche Sitzungen dürfen nur die Ausnahme sein.
- Sitzungen der Räte und Ausschüsse sollen live übertragen und dauerhaft abrufbar sein; zu Beginn der Sitzungen müssen Bürgerfragen ermöglicht werden.
- Bürgerbeteiligungsformate müssen die Beteiligung von Menschen mit Einschränkungen sicherstellen, auch durch hybride Formate.
- Die Förderung sogenannter NGOs muss transparent, nachvollziehbar begründet und öffentlich abrufbar sein; Organisationen mit politischer Bildungsarbeit müssen zwingend den Beutelsbacher Konsens einhalten.

2. ARBEIT UND SOZIALES

Unser Land braucht eine Initiative gegen die zunehmende soziale Ungleichheit.

Wir wenden uns dagegen, dass der persönliche Wohlstand immer stärker vom sozialen Status der Eltern abhängt. Die Kommunen müssen alle Möglichkeiten nutzen, um die Millionen hart arbeitenden Menschen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, zu entlasten.

Die massive schuldenfinanzierte Aufrüstung schränkt, durch steigende Zins- und Tilgungszahlungen, die Spielräume der öffentlichen Haushalte weiter ein.

Besonders betroffen sind die Kommunen, die den Großteil der öffentlichen Investitionen leisten. Eine demokratische Erneuerung ist daher auch auf kommunaler Ebene notwendig.

Unsere Forderungen im Bereich Arbeit und Soziales sind darauf gerichtet, einen gerechten Ausgleich zu erreichen und hohe Standards für ein gutes Zusammenleben zu sichern.

Bei der Vergabe kommunaler Aufträge dürfen nur tarifgebundene Unternehmen – einschließlich ihrer Subunternehmen – zum Zuge kommen. Ausschreibungen mit PPP-Beteiligungen (Public Private Partnership) lehnen wir ab, da dadurch Kosten steigen, ohne die Qualität zu verbessern. Kommunale Fördermittel dürfen ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden.

Kommunale Dienstleistungen sowie die gesamte Daseinsvorsorge (Energie, Wasser, Strom, Abfall, Verkehr usw.) gehören in die öffentliche Hand. Die Tarifbindung über den kommunalen Arbeitgeberverband ist sicherzustellen. Wir

bekennen uns zu den Gewerkschaften im DGB sowie zur Mitbestimmung auf betrieblicher und Unternehmensebene.

Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen sind zu vermeiden. Die Auslagerung kommunaler Beschäftigungsverhältnisse in Gesellschaften mit schlechteren Arbeitsbedingungen lehnen wir ebenso ab wie das Unterlaufen tariflicher Standards durch Werkverträge und Leiharbeit. Dort, wo dies bereits erfolgt ist, fordern wir die Rückführung.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehört auch zwingend der Schutz vor Mobbing und Bossing im Betrieb. Öffentliche Arbeitgeber müssen hier eine Vorreiterrolle einnehmen und sich aktiv dagegen einsetzen.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, müssen ausreichend wohnort- bzw. arbeitsplatznahe Kitaplätze angeboten werden. Zudem setzen wir auf kommunale Verbünde und Kooperationen, die Aufgaben wie Abfallentsorgung, Gartenarbeiten, Reinigungsdienste, Straßenunterhalt oder Winterdienste übernehmen.

Die Lösung des Fachkräftemangels in einigen Bereichen kann nicht darin bestehen, weltweit Fachkräfte abzuwerben und damit durch den Abfluss von Qualifikationen die ökonomische Entwicklung anderer Länder zu schwächen und neue Fluchtbewegungen auszulösen. Wir setzen stattdessen auf den Ausbau von Aus- und Weiterbildung. Bereits in der Schule sollen Praktika gefördert und die berufliche Orientierung durch Projekte, Bewerbungstrainings und ähnliche Maßnahmen gestärkt werden.

In kommunalen Unternehmen und Behörden streben wir eine Ausbildungsquote von mindestens 7 % an, damit Jugendliche ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Ausbildungsplätzen vorfinden.

Die Arbeitsbedingungen in den Jobcentern müssen so gestaltet sein, dass die Mitarbeitenden in die Lage versetzt werden, von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen und zu begleiten. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Einschränkungen. Die Mitarbeitenden müssen hierfür so qualifiziert sein, dass sie den Betroffenen helfen können, eine Beschäftigung zu finden, die einen auskömmlichen Lebensunterhalt ermöglicht.

Die Jobcenter müssen dafür finanziell angemessen ausgestattet werden. Die verbreitete Praxis, Mittel, die für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung vorgesehen sind, zur Deckung von Personal- und Sachkosten umzuschichten, verschleiert die strukturelle Unterfinanzierung der Jobcenter und wird von uns daher abgelehnt.

Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung sowie kommunale Beschäftigungsprogramme müssen auch für Langzeitarbeitslose eine Perspektive in den regulären Arbeitsmarkt eröffnen. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit sind diese Programme wieder auszubauen. Die Beschäftigungsverhältnisse müssen den üblichen tariflichen Arbeitsbedingungen unterliegen.

Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) sollen die Jobcenter bei den Zumutbarkeitsregelungen die konkreten Lebensumstände sowie die bisherige Berufspraxis der Betroffenen berücksichtigen. **Unzumutbare Arbeitsangebote müssen sanktionsfrei abgelehnt werden können.** Bei den Kosten der Unterkunft sind die gestiegenen Energiepreise angemessen zu berücksichtigen.

Zusätzliche Sanktionen, die derzeit diskutiert werden, lehnen wir ab. Schulmaterialien sind für alle Kinder und Jugendlichen vollständig zu erstatten.

Wir setzen uns für die Abschaffung des Bürgergeldes und für eine Rückkehr zu einem an den erreichten Lebensstandard gekoppelten System von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ein. Anträge, Bescheide und Formulare müssen auch in einfacher und verständlicher Sprache verfügbar sein. So wird sichergestellt, dass alle Menschen ihre Rechte wahrnehmen können, ohne an kompliziertem Amtsdeutsch zu scheitern.

Die Möglichkeit der Barzahlung muss in kommunalen Unternehmen und Einrichtungen erhalten bleiben. Dies betrifft insbesondere den Erwerb von Tickets im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie den Zugang zu Schwimmbädern und ähnlichen Angeboten. Eine flächendeckende Bargeldversorgung bedeutet, dass der Zugang zu Geldautomaten für alle Menschen gewährleistet sein muss – auch im ländlichen Raum. Den Abbau von Geldautomaten lehnen wir daher grundsätzlich ab, insbesondere bei den Sparkassen. Sparkassen dürfen keine Gebühren für Bargeldabhebungen erheben. Kommunale Verkehrsunternehmen müssen das Deutschlandticket auch in einer Form anbieten, die keine App oder ein Smartphone voraussetzt.

Wir fordern gezielte kommunale Initiativen, um soziale Einsamkeit im Alter und bei alleinstehenden Menschen effektiv zu bekämpfen. Statt bürokratischer Großprojekte setzen wir auf die Stärkung und den massiven Ausbau der bereits existierenden, professionellen und ehrenamtlichen Alltagsbegleitung. Die Kommunen müssen als Koordinatoren auftreten, um die Rahmenbedingungen für Alltagsbegleiter spürbar attraktiver zu gestalten – durch den Abbau von bürokratischen Hürden bei der Anerkennung und Abrechnung sowie durch kommunale Unterstützung bei der regionalen Vernetzung. Ziel ist es, dass jeder einsame Mensch, der Unterstützung im Alltag, bei Erledigungen oder einfach nur Gesellschaft sucht, unkompliziert Hilfe findet. Flankierend dazu sind nicht-kommerzielle, generationenübergreifende Begegnungsorte wie Stadtteilcafés, Nachbarschaftstreffs und Bürgerhäuser als feste, kostenfreie Anlaufstellen im Quartier zu fördern und zu erhalten.

Öffentliche Räume sind für alle Menschen da und müssen so geplant und gestaltet werden, dass sich dort alle aufhalten können, ohne einem Konsumzwang zu unterliegen. Bei der Ausschreibung von Märkten und Festen achten wir darauf, dass Anbieter von Speisen und Getränken bezahlbare Preise verlangen. Dies muss auch bei der Festlegung der Standgebühren berücksichtigt werden.

In den Kommunen sind sogenannte Sozialpässe für Menschen mit geringem Einkommen einzuführen, durch die der Besuch von Kulturveranstaltungen und Schwimmbädern, die Mitgliedschaft in Sportvereinen sowie die Nutzung des ÖPNV finanziell erleichtert werden.

Bürgerzentren, Jugendzentren, soziale Beratungsstellen, Verbraucherzentralen, Suchthilfeeinrichtungen, Aidshilfeeinrichtungen sowie Erwerbslosenzentren und deren Träger müssen von den Kommunen auskömmlich unterstützt werden.

Bei Ausschreibungen für Obdachlosenunterkünfte sowie Unterkünfte für Geflüchtete müssen sich die Betreiber verpflichten, menschenwürdige Standards einzuhalten. Unregulierte Migration kann zu zusätzlichem Konkurrenzdruck auf den

Wohnungsmärkten sowie in Teilen des Arbeitsmarktes führen. Dieser Umstand darf nicht ignoriert werden. Zuwanderung muss daher in einem Umfang stattfinden, der gesellschaftlich sinnvoll und sozial verträglich ist. Die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Der Bund und Land müssen sicherstellen, dass die Kommunen finanziell nicht überfordert werden, und ihre Kostenanteile deutlich erhöhen.

Unsere Forderungen:

- **Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand darf nur an tarifgebundene Unternehmen erfolgen; dies gilt auch für die Vergabe kommunaler Fördermittel. Ausschreibungen mit Beteiligung von Public-Private-Partnership-Konzepten lehnen wir ab.**
- **Die kommunale Daseinsvorsorge – insbesondere Wasser, Energie, Abfallentsorgung und kommunale Dienstleistungen – gehört in die öffentliche Hand.**
- **Jobcenter müssen darauf ausgerichtet sein, Arbeitslosen Perspektiven zu eröffnen, statt sie zu gängeln oder Arbeitslosigkeit lediglich zu verwalten.**
- **Eine ausreichende Verbreitung von Geldautomaten sowie der Erhalt der Möglichkeit zur Barzahlung in Behörden und beim Ticketkauf im ÖPNV.**
- **Bezahlbare Mitgliedschaften in Vereinen, Eintrittsgelder für Kulturveranstaltungen sowie bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel.**
- **Finanzielle Unterstützung gemeinwohlorientierter Träger und Einrichtungen wie Bürgerzentren, Verbraucherberatungsstellen, Suchthilfe- und Erwerbslosenhilfeeinrichtungen sowie vergleichbarer Angebote.**

3. KOMMUNALE GESUNDHEITSPOLITIK

Gesundheit ist die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt in unseren Gemeinden. Die kommunale Ebene trägt dabei eine besondere Verantwortung für eine flächendeckende, verlässliche Gesundheitsversorgung. **Wir setzen uns deshalb für den Erhalt und die Stärkung ortsnaher Versorgungsstrukturen, für eine moderne Infrastruktur sowie für die gezielte Förderung von Gesundheits- und Pflegeberufen in Niedersachsen ein.**

Das BSW fordert eine Gesundheitspolitik, die auf dem Gemeinwohlprinzip, dem Grundgedanken ortsnaher Zuständigkeiten und Versorgung sowie dem Schutz der Familie als Kern sozialer Stabilität fußt. Unsere wertorientierte Ausrichtung verbindet soziale Gerechtigkeit mit einer klaren Kritik an kurzsichtiger Marktlogik. **Wir fordern staatliche und kommunale Maßnahmen, die die medizinische Daseinsvorsorge sichern und nicht kurzfristigen Renditeerwartungen privater Betreiber unterwerfen.** Die Kosten für den Einsatz von Rettungsdiensten müssen die Krankenkassen und Kommunen tragen. Eine direkte Kostenübernahme durch die Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab, lebensrettende Fahrten dürfen nicht vom Geldbeutel erkrankter Menschen abhängen.

Wir wollen die Versorgung außerdem stärken, indem wir qualifizierte ausländische Ärztinnen und Ärzte gezielt, fair und transparent in die regionale Gesundheitsversorgung integrieren.

Pflege stärken – Versorgung vor Ort sichern

Eine gute Gesundheitsversorgung umfasst nicht nur die medizinische Behandlung, sondern auch eine verlässliche Pflege, Gesundheitsprävention und Unterstützung im Alltag. Der Fachkräftemangel in Pflege und Gesundheitswesen sowie die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen stellen Kommunen vor große Herausforderungen. Deshalb wollen wir die pflegerische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum stärken und pflegende Angehörige wirksam entlasten. Wir setzen uns ein für eine wohnortnahe medizinische Versorgung durch Gemeindeschwestern und andere niedrigschwellige Gesundheitsangebote; die deutliche Unterstützung, Entlastung und Anerkennung pflegender Angehöriger; attraktive Arbeitsbedingungen, gute Ausbildungsmöglichkeiten und eine tarifliche Bezahlung für Pflegekräfte und die Stärkung ambulanter Pflegeangebote, damit Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Kirchen, Vereine und zivilgesellschaftliche Träger sind wichtige Partner in Prävention, Seelsorge und Nachsorge – insbesondere in ländlichen Räumen. Wir schlagen koordinierte Förderprogramme vor, die diese Akteure systematisch in kommunale Gesundheitskonzepte einbinden, etwa durch niedrigschwellige Beratungsangebote, Seniorenhilfe oder Familienberatung. Diese Zusammenarbeit entspricht unserer Auffassung von Verantwortung und Solidarität.

Unsere operativen Leitlinien:

1. Keine Schließung von Krankenhäusern

Wir lehnen die Schließung kommunaler Krankenhäuser grundsätzlich ab!

2. Ortsnahe Notfallversorgung

Notfallstandards müssen kurze Transportzeiten gewährleisten. Kommunale Rettungs- und Verlegungsnetze sind verbindlich zu organisieren und regional abzustimmen.

3. Personal als Schlüsselressource

Kommunale Anreize wie Zulagen, Wohnraumangebote, Kinderbetreuung und Weiterbildungsförderung sowie der Ausbau regionaler Ausbildungsplätze sichern langfristig die Personalgewinnung. Besonderes Augenmerk legen wir auf die langfristige und gute Integration qualifizierter ausländischer Ärztinnen und Ärzte.

4. Gemeinwohl vor Kommerz

In unseren Krankenhäusern muss allein die fachlich-medizinische Beurteilung über die Art und Qualität der Behandlung entscheiden und nicht der Versicherungsstatus (gesetzlich oder privat) des Patienten. Für eine gute Versorgung in Krankenhäusern ist ausreichend medizinisches Fachpersonal unerlässlich, deshalb machen wir uns stark für gute und tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter in unseren Krankenhäusern.

5. Prävention und psychische Gesundheit

Kommunale Präventionsprogramme zu Bewegung, Ernährung und Suchtprävention sowie niedrigschwellige Angebote für psychische Gesundheit – insbesondere für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren – sind gezielt auszubauen.

6. Faire und transparente Anerkennungsverfahren für ausländische Ärzte

Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen (Approbation) muss systematisiert, standardisiert und beschleunigt werden. Die Gleichwertigkeit soll anhand klarer Kriterien nach Herkunftsland und Ausbildungsstätte bewertet werden, statt in intransparenten Einzelfallprüfungen zu enden.

Maßnahmen und Zeithorizonte

Unsere Maßnahmen sind nach zeitlicher Umsetzbarkeit gestaffelt.

Kurzfristig (innerhalb eines Jahres) fordern wir ein Moratorium für die Schließung kommunaler Kliniken. Zudem ist eine sofortige „kommunale Personaloffensive“ im Gesundheitswesen notwendig, bestehend aus Zuschüssen und Zulagen zur kurzfristigen Entlastung und Gewinnung von Fachpersonal.

Dringend erforderlich ist außerdem die Einrichtung kommunaler Koordinationsstellen zur gezielten Ansprache und Betreuung internationaler Ärztinnen und Ärzte, einschließlich Onboarding, Sprachförderung und Anerkennungsberatung.

Mittelfristig (1–4 Jahre) fordern wir ein Modernisierungsprogramm für kommunale Krankenhäuser – insbesondere für Notaufnahmen, Diagnostik und OP-Ausstattung – mit Unterstützung durch einen landeseigenen Investitionsfonds.

In diesem Zeitraum ist auch der Ausbau der hausärztlichen Versorgung voranzutreiben, etwa durch zusätzliche Gründungsanreize, Praxisnetzwerke und Starterfonds für junge Ärztinnen und Ärzte.

Ergänzend sind Sprach- und Integrationsprogramme sowie klinische Brückenmaßnahmen wie begleitete Hospitationen und Mentorenprogramme

auszubauen, um eine zügige und sichere Einbindung in die Patientenversorgung zu gewährleisten.

Langfristig (ab 4 Jahren) fordern wir eine verbindliche regionale Krankenhaus- und Notfallplanung, die eine flächendeckende Versorgung sicherstellt. Dazu gehören nachhaltige Personalstrukturen durch kontinuierliche Ausbildungs- und Karrierepfade, familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie ein dauerhaft gepflegtes Verzeichnis anerkannter Ausbildungsstätten. Automatisierte und transparente Verfahrenspfade zur Approbation sollen in enger Zusammenarbeit mit Hochschulen, Ärztekammern und zuständigen Behörden etabliert und regelmäßig aktualisiert werden.

Finanzierung

Zur Finanzierung fordern wir die Einrichtung eines landeseigenen Investitionsfonds für kommunale Gesundheitsinfrastruktur, kofinanziert durch die Kommunen entsprechend ihrer Größe und ihres Bedarfs. Die Mittel sind klar zweckzubinden und prioritär für Projekte einzusetzen, die nachweislich die Notfall- und Basisversorgung stärken.

Zusätzlich fordern wir Förderprogramme für Praxisgründungen und Ausbildungsplätze, etwa durch Starterfonds und Ausbildungsstipendien. Notwendig ist außerdem die finanzielle Unterstützung von Sprachkursen, Anerkennungsverfahren und Brückenprogrammen zur Integration ausländischer Medizinerinnen und Mediziner.

Monitoring und Kennzahlen

Die Kommunen sollen zentrale Kennzahlen des regionalen Gesundheitssystems jährlich erheben und veröffentlichen, darunter:

- Bettenkapazität pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner;
 - durchschnittliche Fahrtzeit zur nächsten Notaufnahme;
 - Wartezeiten auf Haus- und Facharzttermine;
 - Anzahl der in der Region tätigen Gesundheitsfachkräfte;
-

Unsere Forderungen:

- **Sicherstellung einer flächendeckenden hausärztlichen und medizinischen Basisversorgung;** Telemedizin als sinnvolle Ergänzung, nicht als Ersatz.
- **Gemeinwohlorientierte Steuerung des Gesundheitswesens:** Wir lehnen die Privatisierung kommunaler Krankenhäuser ab

4. BILDUNG UND SCHULE

In unserem Bildungssystem werden grundlegende Entscheidungen über die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen getroffen. Als BSW setzen wir uns dafür ein, dass allen Kindern die bestmöglichen Chancen eröffnet werden.

Kommunen können zwar nicht über pädagogische Konzepte und Lerninhalte entscheiden, sie **tragen jedoch als Schulträger eine zentrale Verantwortung für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen sowie für wichtige organisatorische Rahmenbedingungen**. Damit leisten sie einen entscheidenden Beitrag zu einem funktionierenden Schulwesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Lehrkräfte in einem guten Umfeld arbeiten können und sich auf ihre eigentliche Aufgabe den Unterricht konzentrieren können. **Diese Fragen haben für uns höchste Priorität.**

Generell gilt für uns: Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern muss aufgehoben werden, da grundlegende Lösungen für die Probleme im Bildungssystem nur im Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen möglich sind. Die föderale Zersplitterung im Bildungsbereich erweist sich zunehmend als Hemmnis. Bildung ist eine zentrale Investition in die Zukunft unseres Landes und muss in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen mit hoher Priorität behandelt werden.

Wir wollen, dass die Errungenschaften früherer Bildungsreformen, die vielen Menschen reale Aufstiegsperspektiven eröffnet haben, wieder wirksam werden. Die demografische Entwicklung in Deutschland macht ein leistungsfähiges Bildungssystem zwingend erforderlich. Die Kompetenzen jedes Kindes sollen sich voll entwickeln können. Auch die Kommunen können und müssen hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Unsere Schulen sollen Kinder und Jugendliche gemäß dem Niedersächsischen Schulgesetz zu informierten, kritischen, toleranten und verantwortungsvollen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern erziehen, die die Werte des Grundgesetzes achten. Diese Ziele teilen wir ausdrücklich. Darüber hinaus muss ein solides Fundament für die späteren beruflichen Chancen gelegt werden.

Wir fordern eine Initiative gegen Mobbing an Schulen und Bildungseinrichtungen. Neben dem Ausbau der Schulsozialarbeit setzen wir auf die verbindliche Etablierung wissenschaftlich erprobter Präventionsprogramme und die Schaffung unabhängiger kommunaler Anlaufstellen für Betroffene und Eltern. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, Mobbingfälle an Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen anonym zu melden. Die Möglichkeit dieses Hinweisgebersystems, soll prominent beworben werden.

Werbeveranstaltungen der Bundeswehr sowie Wehrerziehung – auch in subtiler Form – lehnen wir ab. Soweit die Bundeswehr in berufsorientierende Maßnahmen eingebunden ist, muss sichergestellt werden, dass realistisch über die

Risiken und Gefahren dieses Berufs aufgeklärt wird. Der Beutelsbacher Konsens ist strikt einzuhalten. Das bedeutet, dass auch über gewaltfreie Formen der Konfliktbewältigung und eine friedensorientierte Außenpolitik informiert werden muss.

Derzeit verlassen viele Kinder und Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Dies erschwert ihre Zukunftsperspektiven erheblich. Kommunen können dem entgegenwirken, indem **keine weiteren Schulschließungen** vorgenommen werden. Bei rückläufigen Schülerzahlen können kleinere Lerngruppen entstehen, was den individuellen Lernerfolg stärkt. Kommunen dürfen dabei jedoch nicht allein mit der Finanzierung gelassen werden. Gerade im Flächenland Niedersachsen ist ein wohnortnahes Angebot an Grundschulen unverzichtbar. **Insbesondere Grundschulkinder benötigen kurze Schulwege**, was beim Zuschnitt von Schulbezirken zu berücksichtigen ist.

Eltern und Erziehungsberechtigte sind grundsätzlich die besten Expertinnen und Experten für das Wohl ihrer Kinder. Deshalb halten wir eine Stärkung des Elternwahlrechts bei der Schulwahl für sinnvoll und folgerichtig. Das BSW setzt sich daher für differenzierte Bildungsangebote ein, die gewachsene und bewährte Strukturen in den niedersächsischen Städten und Gemeinden berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, dass alle Kommunen neben klassischen Gymnasien **ausreichend Plätze in Integrierten Gesamtschulen** bereitstellen müssen.

Das BSW fordert massive Investitionen in die Sanierung, Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Schulen und Kitas. Bei Neubauten oder Renovierungen von Grundschulen sind Maßnahmen zum Hitzeschutz, zur Belüftung sowie im Außenbereich Entsiegelung, Grünflächen, Baumbestand und Hecken zwingend erforderlich. Bauliche Mängel müssen konsequent beseitigt und lernförderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, etwa durch Lärmschutz sowie Räume für Stillarbeit und kleinere Lerngruppen.

Zu einer modernen Bildungsinfrastruktur gehört eine zeitgemäße digitale Ausstattung ebenso wie ansprechende Lernumgebungen und Schulhöfe. **Wir fordern ein kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen für jedes Kind.**

Die Schulentwicklungsplanung muss dazu beitragen, soziale Spaltung zu verringern und eine ausgewogene Verteilung hochwertiger Bildungsangebote sicherzustellen. Bibliotheken und Volkshochschulen wollen wir als zentrale Orte des lebenslangen Lernens und der Begegnung stärken.

Die personelle Ausstattung der Schulen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen – insbesondere Hausmeister-, Reinigungs- und Verwaltungspersonal – muss in ausreichender Zahl und unter Berücksichtigung der Forderungen kommunaler Personalräte sichergestellt werden. In den vergangenen Jahren wurden Lehrkräfte zunehmend mit fachfremden Aufgaben wie IT-Management, Schulorganisation oder psychosozialer Beratung belastet. Sie müssen hiervon entlastet werden, um sich wieder auf das Unterrichten konzentrieren zu können. Unterstützende Teams für den Schulalltag,

etwa aus Schulsozialarbeit, IT-Fachkräften und psychologischer Beratung, können hier eine entscheidende Verbesserung bewirken.

Inklusion: **Barrierefreiheit muss in allen Schulen gewährleistet sein.** Im Zusammenhang mit dem bis 2028 auslaufenden Programm für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ muss sichergestellt werden, dass **eine gut funktionierende Schulbegleitung** erhalten bleibt. Die Kommunen müssen hierfür – mit Unterstützung des Landes – ausreichend qualifiziertes Personal bereitstellen. Das Land sollte die Wirkung, dieser neuen Gesetzeslage zeitnah evaluieren. Dabei sind die Auswirkungen auf Kinder mit Förderbedarf ebenso zu untersuchen wie die Folgen für den Unterricht insgesamt und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Innerhalb des bestehenden inklusiven Ansatzes sind Öffnung und Kooperation zentrale Strategien. Die Bildung von Schulverbünden, in denen mehrere Schulen ihre sonderpädagogische Unterstützung gemeinsam organisieren, sowie die Einrichtung von Kooperationsklassen – also **Klassen von Förderschulen an allgemeinbildenden Schulen** – sind hierbei sinnvolle Instrumente. Ebenso notwendig ist die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Kinderarztpraxen, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Therapeutinnen und Therapeuten, Jugendhilfe, Jugendämtern, Eingliederungshilfe und Jugendzentren. Der Austausch dieser Akteure sollte von den Kommunen aktiv gefördert werden. Bewährte Konzepte wie „Communities that Care“ können dabei als Vorbild dienen. Die Öffnung der Förderschulen und ihre stärkere Einbindung in das kulturelle und gesellschaftliche Leben vor Ort sind weitere Bausteine einer gelingenden Inklusion.

Tagesbildungsstätten leisten im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung unverzichtbare Arbeit und müssen auskömmlich durch das Land Niedersachsen finanziert werden. Nach einer angemessenen personellen und sachlichen Ausstattung sowie der Qualifizierung des Personals sollen sie den Status von Förderschulen erhalten.

Wir wollen, dass ausreichend Kita-, Krippen- und Hortplätze geschaffen werden. Solange der Bedarf nicht gedeckt ist, müssen vorhandene Plätze konsequent nach sozialen Kriterien vergeben werden. Zwar ist dies gesetzlich vorgesehen, wird jedoch in vielen Kommunen noch nicht umgesetzt. Dies führt dazu, dass Eltern nicht arbeiten können oder ihre Arbeitszeit reduzieren müssen. Auch **Krippenplätze sollten kostenfrei sein**, da viele Familien auf zwei Einkommen angewiesen sind.

Darüber hinaus fordern wir ausreichend verlässliche Ganztagsangebote für Grundschul Kinder, um Eltern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Neben Hausaufgabenbetreuung sollen auch Angebote geschaffen werden, die vielen Kindern sonst nicht offenstehen, etwa Musikunterricht oder sportliche Aktivitäten.

Kindertagesstätten müssen so ausgestattet sein, dass jedes Kind individuell gefördert werden kann. Gerade in finanziell stark belasteten Kommunen mit zusätzlichen Herausforderungen durch Migration fehlen hierfür bislang häufig die notwendigen Rahmenbedingungen.

Zur Vorbereitung auf die Grundschule sind verpflichtende Sprachtests sowie eine regelmäßige Beobachtung des altersgerechten Entwicklungsstandes

sinnvoll. Wird ein Förderbedarf festgestellt, sollte den Eltern der Besuch einer Kita nahegelegt werden. Ergänzend müssen in Kooperation mit lokalen Akteuren bedarfsgerechte Angebote wie Sprachkurse, Logopädie und Ergotherapie bereitgestellt werden.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in pädagogischen Berufen müssen Länder und Kommunen die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stärker unterstützen. Die Arbeitsbedingungen und gegebenenfalls auch die Bezahlung müssen deutlich verbessert werden.

Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss. **Kreisvolkshochschulen müssen finanziell gestärkt werden, um ein breites Kursangebot für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern.** Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Kursleitende müssen sozial abgesichert und angemessen bezahlt werden. Die staatliche Förderung zur Bekämpfung von Analphabetismus darf nicht gekürzt werden, um entsprechende Angebote aufrechterhalten zu können.

Lebenslanges Lernen erfordert zudem die Anerkennung vorhandener Qualifikationen. Dies betrifft auch geflüchtete und zugewanderte Menschen mit schulischen, beruflichen oder akademischen Abschlüssen. Dafür sind ausreichende Sprachkurse notwendig, die das Erreichen der geforderten Sprachniveaus ermöglichen und so die Chancen auf Teilhabe am Arbeits- und Berufsleben verbessern.

Unsere Forderungen

- **Keine Schließung von Schulen; insbesondere Grundschulkindern brauchen kurze Schulwege.**
- **Ausreichend Plätze in Integrierten Gesamtschulen (IGS).**
- **Massive Investitionen in die Sanierung, Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Schulen und Kitas.**
- **Kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen für jedes Kind.**
- **Barrierefreiheit in allen Schulen sicherstellen.**
- **Ausreichend qualifiziertes Personal für IT-Dienstleistungen, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Hausmeistertätigkeiten und Schulbegleitung.**
- **Aufbau von Schulverbünden zur sonderpädagogischen Unterstützung sowie Bildung von Kooperationsklassen im Rahmen der Inklusion.**
- **Ausreichend verlässliche Ganztagsangebote für Grundschulkindern.**
- **Genügend kostenfreie Kita-, Krippen- und Hortplätze.**
- **Erhalt der niedersächsischen Tagesbildungsstätten für Kinder und Jugendliche mit schweren Behinderungen.**
- **Keine Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen.**

- **Finanzielle Stärkung der Kreisvolkshochschulen zur Sicherung eines breiten Bildungsangebots.**

5. FRAUENPOLITIK: CHANCENGLEICHHEIT STATT IDENTITÄTSPOLITIK

Frauenpolitik wird in der öffentlichen Debatte häufig auf Symbole, Quoten oder ideologische Experimente reduziert. Dadurch verbessern sich weder die Lebenslagen von Frauen noch werden bestehende Ungleichheiten abgebaut. Stattdessen entstehen Spaltungen, während pragmatische Lösungen für echte Gleichstellung ausbleiben. Wir stehen für eine Politik, die Frauen nicht mit Symbolpolitik abspeist, sondern Respekt stärkt, Chancen verbessert, Schutzräume sichert und soziale Werte wieder fest in der Gesellschaft verankert.

Wo der Schutz von Mädchen und Frauen berührt ist, braucht es klare Regeln.

Das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz lehnen wir in seiner aktuellen Form ab, da es biologischen Männern ermöglicht, den Geschlechtseintrag einmal jährlich per Erklärung zu ändern. In Frauenhäusern, Schutzräumen und im Sport muss der Zugang biologischen Frauen vorbehalten bleiben. Das ist keine Diskriminierung, sondern notwendiger Schutz in einer Realität, die für viele Frauen von Gewalt geprägt ist.

Frauen sind weiterhin strukturell benachteiligt: Sie verdienen im Durchschnitt weniger, leisten den Großteil unbezahlter Sorgearbeit und sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Besonders Mütter und Alleinerziehende stehen vor großen Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Fehlende Kita- und Krippenplätze – allein in Niedersachsen über 33.500 – sowie unzureichende Betreuungszeiten zwingen viele Frauen in Teilzeit oder ganz aus dem Erwerbsleben.

Care-Arbeit wird überdurchschnittlich häufig von Frauen erbracht und **muss gesellschaftlich stärker anerkannt werden**. Wer Kinder erzieht oder Angehörige pflegt, darf weder finanziell noch gesellschaftlich benachteiligt werden. Unterschiedliche Lebens- und Rollenmodelle sind wertzuschätzen. Gleichzeitig braucht es eine gezielte Stärkung von Müttern, insbesondere von Alleinerziehenden, durch konkrete Unterstützungsangebote und eine verlässliche Infrastruktur.

Unsere Forderungen:

- Gleiche Chancen für Frauen in Arbeit, Bildung und Gesellschaft. Frauen müssen Beruf und Familie besser vereinbaren können – **durch mehr Kita-Plätze**, und gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.
- **Gegen eine Politik, die unsere Gesellschaft entlang von Identitäten spaltet.** Frauenpolitik bedeutet für uns nicht Quoten oder symbolische Gesten, sondern praktische Hilfe und konkrete Verbesserungen.
- **Getrennte Frauentoiletten ausschließlich für Frauen.** Reine Unisex-Toiletten in Schulen, Rathäusern und Sportstätten lehnen wir ab. Frauen und Mädchen brauchen geschützte Räume, die nicht infrage gestellt werden dürfen.

Schutz und Gewaltprävention

Wir fordern wirksamen Schutz und umfassende Gewaltprävention – im öffentlichen Raum ebenso wie im häuslichen Umfeld. Jede dritte Frau wird im Laufe ihres Lebens Opfer physischer und/oder psychischer Gewalt. Wenn die eigenen vier Wände keinen Schutz mehr bieten, muss Hilfe sofort verfügbar sein. Doch bereits das Auffinden und Erreichen geeigneter Anlaufstellen stellt häufig eine große Hürde dar, zudem sind freie Plätze knapp.

In Niedersachsen gibt es laut Landesregierung derzeit 46 Frauenhäuser mit insgesamt 437 Plätzen. Das ist unzureichend; der tatsächliche Bedarf liegt deutlich höher.

Die praktischen Folgen dieses Mangels tragen Betroffene und Fachkräfte gleichermaßen. Frauenhäuser, BISS-Stellen (Beratungs- und Interventionsstellen) sowie die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen berichten von hoher Auslastung, komplexen Falllagen und erheblichem Koordinationsaufwand. Fachkräfte arbeiten am Limit und sind vielfach überlastet. Die Betroffenen benötigen jedoch schnelle, kostenfreie und verlässliche Hilfe.

In einer für sie extrem belastenden Situation muss der Zugang zu Unterstützung deshalb besonders niedrigschwellig sein. **In jeder Kommune müssen gut auffindbare und leicht erreichbare Vertrauenspersonen für Opfer von Gewalt vorhanden sein.**

Für viele Betroffene wird zudem die notwendige psychologische Betreuung dadurch erschwert, dass sie regelmäßig nachweisen müssen, dass weiterhin ein Bedarf besteht. Diese Praxis zwingt Opfer dazu, ihre traumatischen Erfahrungen immer wieder offenzulegen und zu rechtfertigen. **Opfer von Gewalt brauchen Sicherheit, Stabilität und einen unbürokratischen Zugang zu Hilfe.** Ein verlässliches, kostenloses und langfristig zugesichertes psychologisches Unterstützungsangebot ist zwingend notwendig, um Opferschutz und tatsächliche Gleichberechtigung zu verbessern.

Sicherheit endet nicht an der Wohnungstür. Öffentliche Räume, Haltestellen und Parkhäuser müssen so gestaltet sein, dass Gewalt verhindert und das subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt wird. Dazu gehören eine durchgehende und gute Beleuchtung, Notruf- und Hilfesysteme sowie übersichtliche und gut einsehbare Bereiche.

Unsere Forderungen:

- Gezielter Ausbau von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Schutzräumen. **Jede Frau in Not muss schnell einen sicheren Platz finden.** Dazu gehören auch Kooperationsvereinbarungen zwischen benachbarten Kommunen, Notfallwohnungen, Übergangsunterkünfte sowie die erforderliche räumliche Distanz zum Täter.
- Erhalt regionaler Anlaufstellen, um lange Wege zu vermeiden, sowie der Aufbau von **One-Stop-Centern, in denen Polizei, Sozialamt, Gesundheitsdienste und Beratungsstellen unter einem Dach zusammenarbeiten.**
- Schnelle und kostenlose psychologische Hilfe für Betroffene. Keine regelmäßige Nachweispflicht für Opfer häuslicher Gewalt.

- **Der Zugang zu Schutzräumen darf nicht vom Geldbeutel abhängen.** Derzeit müssen Betroffene ohne Anspruch auf Sozialleistungen die Kosten für einen Platz im Frauenhaus häufig selbst tragen. Wir fordern deshalb eine verlässliche, dauerhaft gesicherte kommunale Finanzierung.
- **Öffentliche Plätze, Haltestellen und Parkhäuser müssen sicherer gestaltet werden** – durch bessere und längere Beleuchtung, Notrufsysteme und Frauenparkplätze. Sicherheit ist eine kommunale Pflichtaufgabe.

6. VERKEHR UND MOBILITÄT - VERNÜNFTIG. SOZIAL. NACHHALTIG

Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sicher, bezahlbar und zuverlässig von A nach B zu kommen – unabhängig vom Einkommen, vom Wohnort oder vom Alter. Ein modernes Verkehrskonzept für Niedersachsen muss die Bedürfnisse der Menschen in Stadt und Land gleichermaßen berücksichtigen. Wir wollen Verkehrspolitik nicht gegen, sondern für die Menschen gestalten: pragmatisch, sozial gerecht, ökologisch vernünftig und wirtschaftlich tragfähig.

Öffentlichen Nahverkehr ausbauen – bezahlbar für alle

In vielen Regionen Niedersachsens ist der öffentliche Nahverkehr unzureichend ausgebaut, unzuverlässig oder zu teuer. Wer auf dem Land lebt, kann auf ein Auto oft nicht verzichten, weil Bus und Bahn keine echte Alternative bieten. In den Städten sind Busse und Bahnen häufig überfüllt, unpünktlich oder zu teuer. Das wollen wir ändern.

Unsere Forderungen:

- Ein **29-Euro-Ticket** für den öffentlichen Nahverkehr – für alle Menschen in Niedersachsen, finanziert durch Bundes- und Landesmittel
- Perspektivisch zusätzliche soziale Entlastungen für besonders einkommensschwache Gruppen. Die Ausgestaltung muss praktikabel, unbürokratisch und klar abgrenzbar sein.
- Mehr Busse und Bahnen – auch auf dem Land. Stillgelegte Bahnstrecken und Bahnhöfe sollen reaktiviert, Hauptverbindungen enger getaktet und **Rufbus-Systeme** für ländliche Räume ausgebaut werden.
- Ausbau von Verkehrsknotenpunkten: Bahnhöfe und zentrale Plätze sollen zu Mobilitätsdrehscheiben werden – mit sicheren Fahrradparkhäusern, Carsharing-Angeboten, digitaler Fahrgastinformation und guter Anbindung an Bus und Bahn.
- Bessere Anbindung von Dörfern an Bahnhöfe und Städte. Jede Ortschaft in Niedersachsen soll mindestens im **30- bis 60-Minuten-Takt** per Bus erreichbar sein.

- ÖPNV in öffentlicher Hand – **keine Privatisierung**. Wir fordern die Rekommunalisierung ausgelagerter Verkehrsunternehmen. Mobilität darf kein Geschäftsfeld für private Konzerne sein.
- Kommunal getragene „**Volksleasing**“-**Projekte** als sozialpolitisch sinnvolle Ergänzung, insbesondere im ländlichen Raum, um Mobilitätskosten zu senken und Teilhabe zu sichern.

Gute Verkehrsanbindung für den ländlichen Raum

Wer auf dem Land lebt, darf nicht abgehängt werden. Wir setzen auf eine Politik, die Stadt und Land wieder zusammenführt. Wir fordern die Einführung einer staatlich und regional geförderten „Kommunalen Nahversorgungs- Garantie“. Wo private Anbieter aufgeben, müssen Kommunen finanziell und organisatorisch unterstützt werden, um bspw. multifunktionale „Dorf-Hubs“ in Form von kombinierten Versorgungsangeboten (z. B. kombinierte Dorfläden mit Poststation und weiteren barrierefreien Angeboten des täglichen Bedarfs) sowie bereits bewährte „Einkaufsbusse“ für in Frage kommende nicht-urbane Regionen und Ortschaften zu ermöglichen. Die örtliche und regionale Verbundenheit darf keine Unterschiede bei der Lebensqualität machen. Es sind unnötige Herausforderungen bei alltäglichen Bedarfen wie Mobilität, Lebensmittelversorgung und weiteren Alltagssituationen spürbar abzubauen.

Unsere Forderungen:

- Flächendeckender Ausbau des Nahverkehrs, auch für kleinere Gemeinden.
- Attraktive Pendlerangebote: günstige Kombitickets, sichere Park-and-Ride-Plätze und Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen.
- Wiedereinführung von Bahnverbindungen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind.
- Kein weiterer Rückbau von Verkehrsinfrastruktur.

Straßenverkehr sicherer und nachhaltiger gestalten

Der Individualverkehr wird auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Wir lehnen eine ideologische Gängelung des Autoverkehrs ab. Für viele Menschen ist das Auto unverzichtbar und ein Stück persönlicher Freiheit. Gleichzeitig müssen Möglichkeiten genutzt werden, den Autoverkehr ökologischer, sicherer und gerechter zu gestalten. Wir stehen für **Technologieoffenheit**: E-Mobilität, Hybridfahrzeuge und moderne Verbrenner haben ihre Berechtigung. Die Entscheidung soll bei den Menschen liegen.

Unsere Forderungen:

- Technologieoffene Förderung sauberer Antriebe: neben E-Mobilität auch effiziente Verbrenner, synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff und Biogas. Subventionen dürfen nicht einseitig verteilt werden.
- Keine flächendeckenden Tempo-30-Zonen, aber gezielte Verkehrsberuhigung mit vereinfachten Verfahren an Kitas, Schulen, Altenheimen und in Wohngebieten.
- **Sanierung vor Neubau**: Priorität für Erhalt und Modernisierung bestehender Straßen. Neubauten nur dort, wo sie Engpässe beseitigen oder die Erreichbarkeit sichern.

- Sozial verträgliche Parkgebühren: Bezahlbarer Parkraum in Innenstädten muss erhalten bleiben. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen dürfen nicht verdrängt werden.
- **Lkw raus aus den Dörfern:** Durchfahrtsverbote für schweren Lkw-Durchgangsverkehr in Ortskernen, mit Ausnahmen für den notwendigen Anlieferverkehr.
- **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:** Straßen sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanziert werden. Solange das Land Niedersachsen keine landesweite Regelung trifft, fordern wir Kommunen auf, ihre Straßenausbaubeitragssatzungen aufzuheben und alternative Finanzierungsmodelle zu nutzen.

Fahrradverkehr fördern – ohne Gegeneinander

Der Radverkehr ist ein wichtiger Baustein moderner Mobilität. Er trägt zu lebenswerteren Städten und zur Reduzierung von Emissionen bei. Radverkehr darf jedoch nicht gegen andere Verkehrsteilnehmer ausgespielt werden. Wir stehen für ein Miteinander auf Augenhöhe.

Unsere Forderungen:

- Sichere Radwege – auch im ländlichen Raum.
- Schnellere Umsetzung kommunaler Radverkehrskonzepte ohne übermäßige Bürokratie.
- Keine einseitige Verdrängung des Autoverkehrs durch Fahrradpolitik. Trennung der Verkehrsarten dort, wo sie baulich sinnvoll und möglich ist.

Verkehrspolitik der Zukunft – sozial statt ideologisch

Wir sagen Nein zu einem ideologischen Umbau des Verkehrs durch Zwang, Verbote und Verteuerung. Stattdessen setzen wir auf kluge Planung, pragmatische Lösungen und das Prinzip der Freiwilligkeit – bei klaren, sozial gerechten Rahmenbedingungen.

Unser Ziel ist, dass die sogenannte Verkehrswende nicht zur Belastung für Menschen mit geringem Einkommen wird. Pauschale City-Maut, Dieselfahrverbote oder künstliche Verknappung von Parkraum lehnen wir ab. Klimaschutz im Verkehr kann nur erfolgreich sein, wenn er sozial gerecht umgesetzt wird.

Mobilität barrierefrei und generationengerecht gestalten

Mobilität muss für alle Menschen zugänglich sein – für Ältere, Menschen mit Behinderung und Familien mit Kindern.

Unsere Forderungen:

- Barrierefreie Haltestellen und Bahnhöfe in jeder Kommune.
- Niederflrbusse und funktionsfähige Aufzüge an allen Bahnhöfen.
- Eine barrierefreie kommunale App zur erleichterten Nutzung des ÖPNV sowie sichere Wege für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen.

- Erhalt der Möglichkeit zur **Barzahlung**.
- Mehr Sitzbänke, Trinkwasserbrunnen, Schattenplätze und öffentliche Toiletten im öffentlichen Raum.

Unser Ziel: Mobilität für alle – fair, sicher, bezahlbar

Verkehrspolitik darf keine Politik für Großstädte, Lobbyverbände oder Konzerne sein. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Niedersachsen frei bewegen können. Mobilität ist ein Grundbedürfnis, kein Luxus.

Gefördert werden sollen auch sogenannte „**Dörpsmobile**“: von der Kommune angeschaffte Fahrzeuge, die kostengünstig von den Einwohnerinnen und Einwohnern genutzt werden können. Sie sind für viele eine sinnvolle Alternative zum privaten Pkw.

Wir als BSW stehen für eine **pragmatische, soziale und realistische Verkehrspolitik** – im Interesse der Menschen, nicht der Ideologie.

7. WOHNEN UND BAUEN

In Niedersachsen wird Wohnen immer teurer. Immer mehr Menschen müssen – vor allem in den Ballungszentren, zunehmend aber auch in ländlichen Regionen – einen wachsenden Teil ihres Einkommens für die Miete aufbringen, weil die Mieten deutlich schneller steigen als die Einkommen. In den Großstädten Niedersachsens geben inzwischen über 40 Prozent aller Haushalte mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für die Miete aus.

Bereits vor zwei Jahren hieß es im Wohnungsmarktbericht der NBank: *„Wir stehen vor einem massiven Einbruch der Neubauzahlen ... Mieten steigen und Angebote in niedrigen Preisklassen gehen zurück.“* Diese Entwicklung hat sich leider bestätigt.

Der Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand sinkt seit Jahren, da immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, ohne dass in gleichem Umfang neue Sozialwohnungen entstehen. **Das BSW fordert daher eine umfassende Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus.** Barrierefreiheit muss dabei von Anfang an mitgedacht werden.

In dieser Situation kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Sie sind verpflichtet, ausreichend Mietwohnraum bereitzustellen und genügend günstiges Bauland – insbesondere für junge Familien – auszuweisen. Diese Verpflichtung ist auch in Artikel 6a der Niedersächsischen Landesverfassung verankert, der die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum ausdrücklich festschreibt.

Der Markt allein kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Häufig entstehen überwiegend hochpreisige Wohnungen, die an den Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung vorbeigehen. Deshalb sind stärkere Eingriffe in den Wohnungsmarkt notwendig, um bezahlbaren Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu schaffen. Die Mietpreisbremse ist dafür ein zu schwaches Instrument und wird zudem nur in wenigen

niedersächsischen Städten angewendet. Ein gesetzlicher Mietendeckel wäre wirksamer, solange die Nachfrage das Angebot deutlich übersteigt.

Ein wesentlicher Treiber steigender Mieten sind die stark gestiegenen Grundstückspreise. **Maßnahmen gegen Bodenspekulation** sind deshalb dringend erforderlich. Boden ist aufgrund seiner begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere. Eine aktive Bodenvorratspolitik ermöglicht es Kommunen, geeignete Flächen frühzeitig zu sichern – für sozialen Wohnungsbau und für Wohneigentum junger Familien, bevorzugt im Erbbaurecht.

Wir fordern die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer. Wenn Grundstücke durch die Ausweisung als Bauland erheblich an Wert gewinnen, soll ein Teil dieses Wertzuwachses abgeschöpft und gezielt dem sozialen Wohnungsbau zugeführt werden. Bodenspekulationen müssen durch eine Bebauungsverpflichtung für unbebaute Grundstücke eingedämmt werden, auf denen laut Flächennutzungsplan Wohnungsbau möglich ist.

Für größere kreisfreie Städte und Landkreise fordern wir die **Gründung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften**; je nach regionaler Situation können auch kommunale Zweckverbände sinnvoll sein. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften wirken auf zwei Wegen mietdämpfend: Sie arbeiten nicht gewinnorientiert, sondern kostendeckend, und sie können auf kommunalen Grundstücken bauen, wodurch ein zentraler Kostenfaktor entfällt. Davon profitieren nicht nur die Mieter dieser Wohnungen, sondern mittelbar auch der gesamte Wohnungsmarkt, da das Angebot an bezahlbarem Wohnraum steigt.

Wo kommunale Wohnungsbaugesellschaften bereits bestehen, müssen sie mit ausreichendem Kapital ausgestattet werden, um ihre Bautätigkeit ausweiten zu können.

Für junge Familien ebenso wie für Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften bietet die **Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht** eine wichtige Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Erbbauzinsen müssen niedrig angesetzt werden. Bei Ablauf der Erbpacht – in der Regel nach 60 bis 99 Jahren – muss den Erbbauberechtigten ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden.

Um Eintrittsbarrieren beim privaten Vermögensaufbau abzubauen und Familien den Weg in die eigenen vier Wände zu ebnen, **fordern wir eine grundlegende Reform der Grunderwerbsteuer**. Für den Ersterwerb einer selbstgenutzten Immobilie (Wohneigentum) muss ein spürbarer Freibetrag eingeführt werden. Während internationale Spekulanten über Steuerschlupflöcher steuerfrei agieren, wird der normale Bürger durch die Grundsteuer massiv belastet. Wohneigentum für die Mittelschicht ist ein nachhaltiger und effektiver Schutz vor Altersarmut und steigenden Mieten. Ziel muss es sein, die niedrige Eigentumsquote in unserem Land sozial verträglich anzuheben. Da die Grunderwerbsteuer in der Hoheit der Länder liegt, fordert das BSW in Niedersachsen, über kommunale Initiativen und Spitzenverbände aktiv für die Einführung eines solchen Freibetrags auf Landesebene einzutreten. **Zudem müssen Kommunen bei der Vergabe von eigenem Bauland Erbpachtmodelle und Ersterwerber gezielt priorisieren und fördern.**

Bestehende Gebäude, etwa ältere Verwaltungs- oder Büroimmobilien, können häufig zu Wohnraum umgenutzt werden. Dabei gilt der Grundsatz „**Bestand vor Neubau**“.

Leerstände sind systematisch zu erfassen und für die Wohnungsmarkt zu aktivieren. Um schnell zusätzlichen Wohnraum in bezahlbaren Preiskategorien zu schaffen, sollte serielles Bauen verstärkt eingesetzt werden.

Neu geschaffener Wohnraum muss der demografischen Entwicklung Rechnung tragen und grundsätzlich **barrierefrei sein**, damit er auch für ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen nutzbar bleibt.

Für private Investoren fordern wir eine Sozialquote von mindestens einem Drittel des neu geschaffenen Wohnraums.

Grundstücke können dabei nach dem Vorbild der Stadt Münster erworben werden: Dort erhalten private Eigentümer Baurechte über Bebauungspläne nur dann, wenn sie zuvor einen Teil der Fläche zu günstigen Konditionen an die Stadt verkaufen.

Durch die Einführung kommunaler **Zweckentfremdungssatzungen** können Städte und Gemeinden wirksam gegen Leerstand und gegen die Umwandlung von Wohnraum in Ferien- oder Kurzzeitvermietungen vorgehen und so den Wohnungsmarkt entlasten.

Bei Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen wird häufig Druck ausgeübt, günstigere Wohnungen zu finden – obwohl diese real nicht verfügbar sind. Deshalb müssen verbindliche Angemessenheitsgrenzen festgelegt werden, die sich an den tatsächlich am Markt angebotenen Mieten orientieren.

Die Zahl wohnungsloser Menschen steigt insbesondere in den Städten. Mit dem Konzept „**Housing First**“ sind feste, dauerhafte Unterkünfte bereitzustellen. Niemand darf gezwungen sein, auf der Straße oder unter Brücken zu leben.

Infolge gestiegener Energiepreise sind für viele Mieterinnen und Mieter auch die Nebenkosten erheblich gestiegen. Eine soziale Wohnungspolitik muss daher auch auf sinkende Energiepreise zielen – etwa durch eine Absenkung der Stromsteuer für alle und nicht nur für Großkonzerne. Auch eine aktive Friedenspolitik, die zur Beendigung des Krieges in der Ukraine beiträgt, könnte zu sinkenden Energiepreisen führen, indem wieder preisgünstigere Gasimporte möglich werden. Das würde zugleich die Baukosten senken, da auch die Bauwirtschaft stark unter hohen Energiepreisen leidet.

Für viele Regionen in Niedersachsen bietet sich zudem die Aufnahme des Gebäudetyps schwimmend (Hausboote) in die Landesbauordnung an. Generell sind Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben häufig zu kompliziert und zu langwierig. Sie müssen beschleunigt und stärker vereinheitlicht werden, insbesondere im Holzbau. Für Baueigenleistungen sollen keine übermäßigen oder komplizierten Nachweispflichten mehr gelten.

Unsere Forderungen:

- **Kommunale Wohnungsbaugesellschaften**, wo sinnvoll auch in Form von Zweckverbänden mehrerer Kommunen.
- **Bereitstellung von günstigem Bauland für junge Familien**, vorzugsweise im **Erbbaurecht** mit niedrigen Zinsen.
- **Eine aktive und gemeinwohlorientierte Bodenvorratspolitik.**

- Konkrete **Maßnahmen gegen Leerstand und Spekulation mit Wohnraum und Bauland**, gegebenenfalls durch **Zweckentfremdungsverbote**.
- **Reduzierung der Bauvorschriften** und deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.
- Abschaffung überzogener Nachweispflichten für Baueigenleistungen.
- Konsequente Maßnahmen gegen Wohnungslosigkeit nach dem Prinzip „**Housing First**“.

8. KOMMUNALE WIRTSCHAFT

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in ihrer längsten und schwersten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Davon ist auch Niedersachsen betroffen. Industrie und Zulieferbetriebe stehen ebenso unter Druck wie Handel, Dienstleistungssektor und Teile des Handwerks. Es droht der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze: Hohe Energiepreise, übermäßige Bürokratie, Defizite bei der Digitalisierung und teilweise mangelhafte Infrastruktur belasten die Unternehmen erheblich

Wir setzen uns für eine technologieoffene Entwicklung von Unternehmen in allen Wirtschaftsbereichen ein. **Dazu sollen die Förderstrukturen in Forschung, Entwicklung und Ausbildung gezielt ausgebaut werden.** Sinnvoll ist dabei auch eine stärkere Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen. Gleiches gilt für die Zusammenarbeit von Unternehmen und ihren Verbänden mit den verschiedenen Schulformen, um frühzeitig Fachkräfte auszubilden und zu binden.

Wir setzen uns für eine Förderung der industriellen und regionalen Kreislaufwirtschaft durch Landkreise und Kommunen. Wir fordern einen konsequenten Fokus auf friedliche und innovative Industriefelder, die Beschäftigung sichern, Rohstoffunabhängigkeit ermöglichen und neue wettbewerbsfähige Geschäftsfelder entstehen lassen. Um zu verhindern, dass unsere Industrie im globalen Wettbewerb abgehängt wird, muss die Wirtschaftsförderung auch den Aufbau geschlossener, regionaler Wertstoffkreisläufe aktiv unterstützen. Diese Transformation verbindet die Großindustrie direkt mit der kommunalen Ebene: Durch den gezielten Einsatz von u. a. Recycling-Baustoffen bei öffentlichen Ausschreibungen, die Stärkung des lokalen Handwerks, die Transformationsbegleitung von kleinen und mittleren Unternehmen und die Förderung dezentraler Initiativen halten wir die Wertschöpfung in den Regionen, schonen Ressourcen und verankern das Prinzip der Kreislaufwirtschaft bereits auf kommunaler und regionaler Ebene. Dies stärkt das lokale Handwerk und schafft neue Perspektiven und Arbeitsplätze in den Kommunen.

Start-ups und junge Unternehmen wollen wir weiterhin durch einen Industriefonds und sogenanntes „geduldiges Kapital“ unterstützen. **Gründungen sollen erleichtert und bürokratische Hürden abgebaut werden.** Die Förderung muss unbürokratisch erfolgen und durch praxisnahe Beratung der kommunalen Wirtschaftsförderungen begleitet werden. Die Förderung von Rüstungsunternehmen durch Kommunen lehnen wir ab.

Öffentliche Aufträge müssen – je nach Umfang – bundes- oder europaweit ausgeschrieben werden. In der Regel erhält der Anbieter den Zuschlag, der das wirtschaftlichste Angebot vorlegt, das den Anforderungen entspricht. Eine gute Vergabep Praxis muss jedoch sicherstellen, dass nicht allein der Preis entscheidet, sondern auch Kriterien wie Qualität der Arbeitsbedingungen, Tarifbindung, soziale Verantwortung, Sicherheit am Arbeitsplatz und regionale Wertschöpfung berücksichtigt werden.

Wir fordern, dass Kommunen ihre vergaberechtlichen Spielräume konsequent nutzen, um die lokale und regionale Wirtschaft zu stärken. Ziel ist die

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Einhaltung von Sicherheits- und Sozialstandards sowie die Verhinderung von Beschäftigung zu Dumpinglöhnen.

Die deutsche Wirtschaft leidet unter einer Rekordbürokratie. Jährlich kommen neue Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Berichtspflichten hinzu, während bestehende Regelungen kaum systematisch überprüft oder abgebaut werden. Diese wachsende Bürokratielast lähmt Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen und wirkt als Hemmschuh für Innovation und Wachstum.

Wir fordern den konsequenten Abbau unnötiger Regeln, Auflagen und Prozesse sowie eine deutliche Vereinfachung von Verfahren. Mitarbeitende und Führungskräfte in Verwaltungen sollen mindestens einmal jährlich überprüfen, welche Regelungen entbehrlich sind und wie Prozesse vereinfacht, beschleunigt und bürgerfreundlicher gestaltet werden können.

Unser Ziel ist eine Verwaltung, die Bürger und Unternehmen unterstützt und effizient arbeitet. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Digitalisierung der Verwaltung. Digitale Prozesse können Antrags- und Genehmigungsverfahren deutlich vereinfachen und beschleunigen. Deutschland hinkt hier im internationalen Vergleich weiterhin hinterher.

Wir setzen uns für ein zentrales Online-Portal als „One-Stop-Shop“ für Bürger und Unternehmen ein, über das alle behördlichen Dienstleistungen abgewickelt werden können und Daten nur einmal eingegeben werden müssen. Die Nutzung dieses Angebots darf jedoch nicht verpflichtend sein, da insbesondere ältere Menschen weiterhin auf persönlichen Service angewiesen sind.

Das BSW spricht sich für eine deutliche Vereinfachung von Informations-, Dokumentations- und Berichtspflichten aus. Auflagen, die Unternehmen unverhältnismäßig belasten und deren Nutzen fragwürdig ist, müssen abgeschafft werden.

Wir sind für verkürzte Genehmigungs- und Antragsverfahren sowie klar geregelte Zuständigkeiten. Sondernutzungsrechte sollen schnell und unbürokratisch erteilt werden. Unser Leitgedanke lautet: Weniger ist oft mehr. Die Vielzahl an Vorschriften in nahezu allen Lebensbereichen muss reduziert werden. Auch die zahlreichen Projekte und Beauftragten, die sich über Jahrzehnte in Verwaltungen angesammelt haben, gehören auf den Prüfstand.

Bürgerfreundlichkeit und Service müssen zentrale Leitlinien kommunalen Handelns sein. Behörden und ihre Mitarbeitenden sollen sich als Dienstleister verstehen, die Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen aktiv helfen – insbesondere dann, wenn diese mit Formularen oder Antragsverfahren überfordert sind.

Wir fordern die Einführung einer verbindlichen Feedback-Kultur in allen Kommunalbehörden. Bürger und Unternehmen sollen die Möglichkeit erhalten, Kritik zu äußern und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Die Ergebnisse dieser Rückmeldungen sollen transparent auf den Internetseiten der jeweiligen Behörden veröffentlicht werden.

Die Bauleitplanung ist ein zentrales Steuerungsinstrument der Kommunen, auch zur Förderung der Wirtschaft. **Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten ist besonders auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zu achten.** Eine gemeinde-

und kreisübergreifende Abstimmung der Planung ist insbesondere dort notwendig, wo Bauland knapp ist. Zudem sollen Kommunen **Konzepte für die Nachnutzung leerstehender Gewerbeimmobilien entwickeln.**

Niedersachsen ist das einzige Bundesland ohne Transparenzgesetz. Dies begünstigt intransparenten Lobbyismus und mangelnde Offenlegung von Entscheidungsprozessen. Das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in staatliches Handeln wird dadurch geschwächt. **Solange es kein Transparenzgesetz auf Landesebene gibt, müssen Kommunen ihre satzungsrechtlichen Möglichkeiten nutzen, um größtmögliche Transparenz herzustellen.**

Die Möglichkeit, **mit Bargeld zu zahlen, gehört für uns zu den bürgerlichen Freiheiten und zur Selbstbestimmung jedes Einzelnen.** Diese Möglichkeit muss erhalten bleiben, um einer umfassenden Überwachung der Bürgerinnen und Bürger entgegenzuwirken.

Gleichzeitig wird die Bargeldversorgung durch die Schließung von Bankfilialen und den Rückbau von Geldautomaten zunehmend erschwert. Für viele Menschen ist der Zugang zu Bargeld bereits heute problematisch, obwohl eine Mehrheit weiterhin Bargeld nutzen möchte.

Wir fordern daher ein flächendeckendes, kostenloses Geldautomatennetz, insbesondere über die regionalen Sparkassen.

Unsere Forderungen:

- **Praxisnahe Förderung und Beratung von Start-ups und jungen Unternehmen.**
- **Ausschreibungspraxis für öffentliche Aufträge soll, soweit wie möglich, der regionalen Wirtschaft zugutekommen.**
- Abbau unnötiger Regeln und Auflagen sowie **Vereinfachung von Verfahren und Anträgen.**
- **Einführung eines zentralen Online-Portals („One-Stop-Shop“) für Bürger und Unternehmen.**
- Ausweisung ausreichender **Gewerbeflächen auch für kleine und mittlere Unternehmen sowie tragfähige Nachnutzungskonzepte für gewerbetaugliche Immobilien.**
- Nutzung kommunaler Satzungsrechte für Transparenzportale zur Verhinderung von Lobbyismus und Korruption.
- Mehr Vertrauen durch Offenlegung wirtschaftlicher Entscheidungen der Kommunen.
- Transparenz bei öffentlichen Vergaben und Ausschreibungen über digitale Plattformen.
- Digitalisierung und Bürgerbeteiligung durch ein niedersächsisches Transparenzportal mit der Möglichkeit, Missstände anonym zu melden.

9. KOMMUNALE FINANZEN

Die Haushaltslage der Gemeinden, Städte und Landkreise in Niedersachsen spitzt sich dramatisch zu. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe: *Erstens* die seit Jahren anhaltende schwache wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die zu Steuerausfällen und sinkenden Einnahmen führt. *Zweitens* die Übertragung zusätzlicher Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen, ohne dass die entstehenden Kosten vollständig ausgeglichen werden. *Drittens* steigen die Ausgaben bei der Auftragsvergabe durch höhere Material-, Energie- und Personalkosten sowie durch zusätzliche Anforderungen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung. All dies erhöht den Druck auf die kommunalen Haushalte erheblich.

Insbesondere für die beiden erstgenannten Punkte tragen die Landesregierung sowie die Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte die Verantwortung. Die Ursachen der schlechten Finanzlage liegen also größtenteils nicht bei den Kommunen selbst.

Nahezu alle Kommunen sind inzwischen hoch verschuldet; teilweise können sie ihre Pflichtaufgaben nur noch über Kassenkredite finanzieren. In vielen Städten, Kreisen und Gemeinden kommt es daher zu Kürzungen. Freiwillige Leistungen, die nicht zu den sogenannten Pflichtaufgaben gehören (z. B. Kulturangebote, Museen, Musikschulen, öffentlicher Personennahverkehr, Bürgerhäuser), werden reduziert oder ganz gestrichen.

Eine weitere Folge sind Steuer- und Gebührenerhöhungen. Gleichzeitig verschlechtern oder verteuern sich Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Zudem hat sich infolge der angespannten Finanzlage ein erheblicher Investitionsstau bei der kommunalen Infrastruktur aufgebaut.

Die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Bundes sowie steuerpolitische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene zugunsten bestimmter Interessengruppen haben erheblichen Einfluss auf die kommunalen Finanzen. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien verfolgt das BSW eine ganzheitliche Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und fordert eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzen.

Unser Ziel ist es, die Verschuldung der Kommunen abzubauen und die kommunale Selbstverwaltung dauerhaft zu sichern. Wir stehen für eine solide und transparente Haushaltspolitik, die auch künftige Investitionen ermöglicht. Priorität haben Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Arbeitsplätze. Privatisierungen kommunalen Eigentums oder öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab, da sie häufig zulasten der Bürger und der Leistungsqualität gehen.

Eigene Einnahmen der Kommunen sind für die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung und als politisches Steuerungsinstrument unverzichtbar. Die wichtigsten Stellschrauben auf der Einnahmeseite, die Kommunen selbst beeinflussen können, sind die Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer. Hinzu kommen kleinere Gemeindesteuern wie die Hunde-, Vergnügungs-, Jagd- und Fischereisteuer, die Zweitwohnungssteuer sowie die Kulturförderabgabe. Gerade in der anhaltenden wirtschaftlichen Schwächephase müssen Steuer- und Gebührenerhöhungen jedoch vermieden werden.

Wir streben eine Reform der Gewerbesteuer an, die ausschließlich den Gemeinden zufließt. Gewerbetreibende werden derzeit benachteiligt, da nur sie zur Zahlung der Gewerbesteuer verpflichtet sind, während Freiberufler wie Ärzte oder Rechtsanwälte steuerlich ausgenommen sind. Diese Ungleichbehandlung ist nicht mehr zeitgemäß. Die Gewerbesteuer soll daher in eine kommunale Wirtschaftssteuer umgewandelt werden, die auch freiberuflich Selbstständige einbezieht. Zur Entlastung kleiner Unternehmen soll der Freibetrag von derzeit 24.500 Euro auf mindestens 38.000 Euro angehoben werden. Dies stellt einen überfälligen Inflationsausgleich dar, da der Freibetrag seit Jahrzehnten nicht angepasst wurde. Sollten einzelne Kommunen durch diese Reform benachteiligt werden, ist ein Ausgleich über den kommunalen Finanzausgleich sicherzustellen.

Entgegen den Zusagen der früheren Bundesregierung ist die Grundsteuerreform nicht aufkommensneutral umgesetzt worden. Nach Recherchen des Bundes der Steuerzahler nimmt nahezu jede dritte Gemeinde in Niedersachsen heute mehr Grundsteuer ein als vor der Reform. Ursache hierfür sind Hebesätze, die über das für Aufkommensneutralität erforderliche Maß hinaus angehoben wurden.

Erhöhungen der Grundsteuer B belasten insbesondere Mieterinnen und Mieter sowie selbstnutzende Eigentümer, da die Grundsteuer in der Regel über die Nebenkosten auf die Mieten umgelegt wird. Grundsteuererhöhungen sind daher unsozial. Unser Ziel ist es, die Grundsteuer B zu senken und die kommunale Finanzierung stattdessen über den Finanzausgleich sicherzustellen.

Mit der Grundsteuerreform wurde zudem die Grundsteuer C eingeführt. Sie soll den Kommunen helfen, Baulandmobilisierung durch steuerliche Anreize zu fördern und Spekulation mit baureifen Grundstücken zu verteuern. In Niedersachsen können Kommunen aus städtebaulichen Gründen baureife, unbebaute Grundstücke als eigene Grundstücksgruppe ausweisen und dafür einen gesonderten Hebesatz festlegen. Wir setzen uns dafür ein, dieses Instrument konsequenter zu nutzen.

Grundsätzlich müssen verbindliche Rahmenbedingungen verhindern, dass benachbarte Kommunen über Steuersätze oder Genehmigungsverfahren in einen ruinösen Standortwettbewerb treten. Gewerbe- und Industrieflächen in benachbarten Kommunen dürfen nicht unterschiedlich besteuert werden; auch Genehmigungsverfahren für Investoren müssen in Art und Dauer vergleichbar sein.

Kommunale Gebühren wie Park- oder Abfallgebühren müssen bezahlbar bleiben. Weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Insbesondere höhere Parkgebühren benachteiligen Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, und schaden zugleich dem lokalen Einzelhandel. Auch die Einführung von Verpackungssteuern lehnen wir ab. Sie bringen keinen nennenswerten Nutzen für die Umwelt, verteuern aber den Alltag der Menschen und schaffen weitere Bürokratie. Straßenausbaugebühren treffen Anwohner zufällig und willkürlich; deshalb fordern wir ihre vollständige Abschaffung.

Durch Änderungen im Baurecht, insbesondere den Wegfall verpflichtender Stellplatzregelungen, sind den Kommunen mit den Stellplatzabläsen verlässliche Einnahmequellen entzogen worden. Wir fordern hierfür einen finanziellen Ausgleich durch das Land.

Kommunale Unternehmen (z. B. Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften, Verkehrsbetriebe) müssen in öffentlicher Hand bleiben. Ihre Einnahmen leisten häufig einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Haushalt, dürfen aber nicht ihr Hauptzweck sein. Überschüsse entstehen vor allem im Bereich der Versorgungswirtschaft. Ob Gewinne an den kommunalen Haushalt ausgeschüttet werden können, hängt auch von der Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ab.

Neben Gewinnausschüttungen ist zu prüfen, inwieweit durch einen steuerlichen Querverbund Verluste defizitärer Einrichtungen (z. B. ÖPNV, Bäder) mit Gewinnen ausgeglichen werden können. Dadurch werden kommunale Haushalte entlastet, auch wenn keine direkten Erträge entstehen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist derzeit durch § 136 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes stark eingeschränkt. Wir fordern, die Möglichkeiten kommunaler Wirtschaftstätigkeit auszuweiten, um zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen und Verlustausgleiche zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesregierung – nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens – ein Gesetz zur anteiligen Entschuldung der Kommunen verabschiedet. Das Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen hat die Kommunen dort von der Hälfte ihrer zum Stichtag 31. Dezember 2023 bestehenden übermäßigen Liquiditätskredite entlastet und diese Schulden in die Landesschuld überführt.

Die kommunale Kreditaufnahme ist grundsätzlich zulässig, unterliegt jedoch strengen Voraussetzungen. Kredite sind nachrangig gegenüber anderen Finanzierungsmitteln und grundsätzlich auf Investitionen beschränkt. Liquiditätskredite dürfen gemäß § 122 Absatz 1 NKomVG nur bis zum in der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag aufgenommen werden, sofern der Kasse keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

Unsere Forderungen:

- Bund und Länder müssen eine **bedarfsgerechte und verlässliche finanzielle Ausstattung der Kommunen** über den Finanzausgleich garantieren.
- Das Prinzip „**Wer bestellt, bezahlt!**“ muss konsequent umgesetzt werden: **Keine neuen Aufgaben ohne vollständigen finanziellen Ausgleich.**
- Gründung eines **landeseigenen Investitionsfonds** zur Finanzierung kommunaler Infrastruktur, etwa für Kitas, Schulen, Straßen und Brücken.
- Finanzielle Ausstattung der Kommunen, die **eine aktive lokale Wirtschaftspolitik ermöglicht.**
- **Konsequente Nutzung der Grundsteuer C** zur Bekämpfung von Bodenspekulation.
- Vermeidung weiterer Gebührenerhöhungen (z. B. Abfall, Parken); Ablehnung der Einführung von Verpackungssteuern; Abschaffung aller Straßenausbaugebühren.
- Effizienzsteigerung durch **Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung:** weniger Bürokratie, schnellere Abläufe.
- Vermeidung von Kostenexplosionen durch vollständige Offenlegung aller Kosten vor der Genehmigung neuer Projekte.

- Vorrang für sozial notwendige Bau- und Infrastrukturprojekte wie Schulen, Kitas, Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude; Einführung flexibler, an Größe und Finanzkraft der Kommune orientierter Wertgrenzen zur Priorisierung und Transparenz größerer Investitionsvorhaben.
- **Erhalt und Stärkung der kommunalen Autonomie** bei der Festlegung von Ausgabenprioritäten.

10. KOMMUNALE FRIEDENSPOLITIK: STÄDTEPARTNERSCHAFTEN UND ERINNERUNGSKULTUR

Städtepartnerschaften mit Kommunen anderer Länder sind ein wirksamer Ansatz kommunaler Friedenspolitik und internationaler Verständigung. Durch wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch auf mehreren Ebenen ermöglichen sie persönliche Kontakte und direkte Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Schulen, Initiativen und der Wirtschaft. Sie stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt über nationale Grenzen hinweg. **Städtepartnerschaften schaffen Raum für Dialog, bauen vermeintliche Differenzen ab und fördern eine internationale Verantwortungs- und Solidaritätskultur auf lokaler Ebene.**

Eine besondere Rolle kommt dabei Kunst und Kultur zu. Kommunen sollen Kunst- und Kulturprojekte fördern, die sich mit Krieg, Frieden, Versöhnung und Menschenrechten auseinandersetzen. Öffentliche Kunstaktionen, Theater-, Musik- und Filmprojekte können zum Nachdenken anregen und zur Sensibilisierung für potenzielle Konflikte beitragen.

Auch wirtschaftlicher Austausch kann einen Beitrag zum Frieden leisten. Er fördert Innovationen, erschließt Märkte zum beiderseitigen Vorteil und ermöglicht den Austausch von Fachkräften und Kompetenzen. Wirtschaftliche Verflechtungen können stabilisierend und friedenserhaltend wirken.

Darüber hinaus können Stadt- und Gemeindeverwaltungen auf politisch-administrativer Ebene voneinander lernen. **Der Austausch zu Themen wie Stadtentwicklung, Daseinsvorsorge, Bildung, Energieversorgung oder Digitalisierung eröffnet konkrete Lern- und Entwicklungschancen für unsere Kommunen.**

Internationale kommunale Zusammenarbeit reicht von humanitärer Hilfe in Krisenzeiten über gemeinsame Entwicklungsprojekte bis hin zu koordinierten Bildungs- und Jugendprogrammen. Partnerschaften können in konkrete Projekte münden, etwa in den Bereichen Stadtentwicklung, Infrastruktur, Umwelt- und Klimaschutz, digitale Bildung, Musik- und Theaterarbeit, Sport- und Gesundheitsprogramme sowie Austausch- und Studienmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Fachkräfte.

Bestehende Städtepartnerschaften müssen gepflegt und mit Leben gefüllt werden. Die Partnerkommunen sollten regelmäßig gemeinsam überprüfen, welche Ziele

erreicht wurden, wo Hindernisse bestehen und welche Rahmenbedingungen angepasst werden müssen.

Unser politisches und soziales Grundverständnis schließt ein, dass die Wahl einer Partnerkommune nicht von der Regierungsform des jeweiligen Landes abhängen darf. Menschen dürfen nicht für ihre Regierungen in Haftung genommen werden. Zugleich müssen alle Menschen in unseren Kommunen die Möglichkeit haben, am Austausch mitzuwirken und von ihm zu profitieren.

Unser Ansatz geht über das bloße Überwinden geografischer Grenzen hinaus. Städtepartnerschaften erfordern Verständnis für die politische Situation der jeweiligen Partnerkommune ebenso wie Respekt vor dem kulturellen Hintergrund ihrer Bevölkerung. In dieser Haltung liegt ein zentraler Schlüssel für ein friedliches Miteinander in der internationalen Politik.

Partnerschaften sollen fest verankert werden in Schulen, Vereinen, Kirchengemeinden und lokalen Wirtschaftsnetzwerken. Gemeinsame Formate wie Austauschprogramme, Sommerschulen, Jugendräte, kulturelle Festivals oder Kooperationen in Wissenschaft und Innovation tragen zu einer nachhaltigen Verankerung bei.

Wir fordern ein klares kommunales Bekenntnis gegen Aufrüstung. **Städte und Gemeinden sollen sich öffentlich gegen Waffenexporte aussprechen und sich aktiv für eine friedensorientierte Politik einsetzen.** Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Fluchtursachen.

Kommunen sollen sich konsequent an der zivilen Wirtschaft orientieren. Die Förderung von Zukunftstechnologien muss dem Frieden dienen und insbesondere kleine Unternehmen und Start-ups unterstützen, die nachhaltige und zivile Technologien entwickeln.

Bildungsangebote in Schulen, Volkshochschulen und anderen Einrichtungen sollen Friedenskompetenz, gewaltfreie Konfliktlösung und internationale Verständigung stärken. Gleichzeitig fordern wir: keine Werbung für die Bundeswehr in Schulen, zivilen Ämtern oder Behörden. Wir sprechen uns damit nicht gegen die Bundeswehr als solche aus, sondern gegen ihren politischen Missbrauch. Öffentliche Räume dürfen nicht zur Bühne für Militärwerbung werden.

Unsere Forderungen:

- Nachhaltige **Pflege bestehender Städtepartnerschaften.**
- Die Wahl der Partnergemeinden darf nicht von der Regierungsform des jeweiligen Landes abhängen.
- Einbindung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger in den **Austausch mit den Partnergemeinden.**
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit **darf sich nicht auf militärische Ökonomie beziehen.**

- **Keine Nutzung kommunaler Räume oder Plätze für Werbeveranstaltungen der Bundeswehr**, etwa Militärmessen, Rekrutengelöbnisse, den „Tag der Bundeswehr“, Veteranentage, Musikschaufen, „Traditionsmärsche“ oder den „Tag der Reservisten“.
- **Keine Rekrutierungsaktionen der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen.**

Wir wollen, dass Friedenspolitik im öffentlichen Raum und in der demokratischen Debatte stattfindet – nicht Militarisierung.

Zu einer kommunalen Friedenspolitik gehört eine lebendige und kritische Erinnerungskultur, die alle Opfer von Krieg, Gewalt und Diktatur würdigt, ohne nationale oder militärische Narrative zu bedienen. Aus der Geschichte zu lernen, bedeutet auch, Gedenken nicht zu militarisieren. Gedenktage wie der Volkstrauertag sowie Gedenktage zu lokalen historischen Ereignissen sollen weiterhin würdig begangen werden.

Erinnerungskultur stellt Menschenrechte und zivile Verantwortung in den Mittelpunkt. Sie soll durch Bildungsprojekte, Gedenkveranstaltungen, Stolperstein-Initiativen sowie Kooperationen mit Schulen und lokalen Geschichtswerkstätten gestärkt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Herkunft, Religion oder persönlicher Geschichte – ausdrücklich zu Gedenkveranstaltungen eingeladen werden.

11. KULTUR, SPORT UND VEREINSLEBEN

Wir wollen Vereine und kulturelle Initiativen als Orte der Begegnung und des Gemeinsinns stärken. Sportvereine, Kulturinstitutionen und das vielfältige Vereinsleben bilden das soziale Rückgrat unserer Städte und Dörfer. Sie schaffen Begegnungen, stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglichen Jung und Alt eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Oft sind Vereine die letzten Orte, an denen Nachbarschaft, Tradition und Solidarität noch gelebt werden.

Doch viele dieser Einrichtungen kämpfen mit sinkenden Zuschüssen, steigenden Kosten, wachsender Bürokratie und Nachwuchssorgen. Hier wollen wir gegensteuern. Wir sind überzeugt, dass es zu wenige Möglichkeiten für reale Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern gibt. Kommunen müssen deshalb gute Voraussetzungen schaffen, damit Treffen und gemeinschaftliche Aktivitäten auf Initiative der Menschen vor Ort häufiger möglich werden. **Dazu gehört für uns eine verlässliche, auskömmliche und langfristige Förderung des Vereinslebens durch die Kommunen.**

Die Sanierung maroder Sportstätten hat für uns eine hohe Priorität. Schulsport- und Breitensportangebote sind vielerorts unzureichend ausgestattet, insbesondere in kleineren Gemeinden. Frauen- und Mädchensport sind häufig unterrepräsentiert, und viele Sportstätten sind nicht barrierefrei. Als BSW fordern wir eine gute Ausstattung sowie ausreichend erreichbare, barrierefreie Sportstätten und Sportangebote für alle, die sie nutzen möchten.

Sport ist ein zentraler Bestandteil von Gesundheit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. **Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für alle Menschen, insbesondere für**

Kinder, finanziell leistbar sein. Das sehen wir auch als Aufgabe der Kommunen. Jedes Kind soll die Möglichkeit erhalten, einen kostenlosen Schwimmkurs zu besuchen.

Kommunale Sportstätten wie Schwimmbäder, Turnhallen und Fußballplätze wollen wir erhalten und modernisieren. **Kostenfreie oder stark vergünstigte Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien mit geringem Einkommen müssen ausgebaut werden.** Das BSW setzt sich für die Förderung des Breitensports ein – nicht nur für wenige elitär ausgerichtete Leistungszentren. Dazu gehört ausdrücklich die Unterstützung ehrenamtlicher Trainerinnen, Trainer und Übungsleiter.

Zur Kultur gehört für uns nicht nur die sogenannte „Hochkultur“. Lokale Feste, Bräuche und Traditionen sind ebenso wichtig und dürfen nicht durch ideologisch motivierte Vorgaben, Verbote oder übermäßige Bürokratie eingeschränkt werden. Politik hat die Aufgabe, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne Räume für Kultur und kulturellen Austausch zu schaffen. Kulturförderung darf sich nicht ausschließlich auf etablierte Akteure beschränken, sondern muss auch Neues ermöglichen.

Deshalb sollen Städte und Gemeinden Räumlichkeiten für Theatergruppen, Vereine und künstlerische Aktivitäten ihren Bürgern möglichst kostenfrei zur Verfügung stellen.

Gleichzeitig müssen bewährte Förderstrukturen erhalten bleiben, wenn sie wertvolle Angebote für die lokale und regionale Gemeinschaft sichern. Entscheidend ist, dass kommunale Förderungen transparent gestaltet werden und Offenheit für neue Initiativen gewahrt bleibt.

Der kommerzielle Erfolg allein sagt nichts darüber aus, ob Kunst und Kultur einen wertvollen Beitrag für das Gemeinwesen leisten. Wir wollen Theater, Musikschulen, Bibliotheken, Museen und soziokulturelle Zentren sichern und stärken. Kunst und Kultur müssen für alle leicht zugänglich sein, mit Vergünstigungen für Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit geringem Einkommen.

Für ehrenamtlich Tätige fordern wir eine kommunale Sammelhaftpflichtversicherung, sofern diese nicht bereits über Verein oder Verband abgedeckt ist. Ehrenamtliche im Bereich des Katastrophenschutzes sollen über die Kommunen eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. Die Städte und Gemeinden müssen die Freiwilligen Feuerwehren kontinuierlich modern ausstatten, um die Sicherheit der Einsatzkräfte zu gewährleisten und Einsätze möglichst effektiv durchführen zu können.

Unsere Forderungen

- **Sportstätten müssen erhalten bleiben und bei Bedarf saniert werden.** Die Barrierefreiheit für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ist sicherzustellen.
- **Die Mitgliedschaft in Sport- und anderen Vereinen muss für alle, insbesondere für jedes Kind, erschwinglich sein.**
- **Kostenlose Schwimmkurse für alle Kinder.**
- **Weniger Bürokratie bei Vereinsgründungen und Förderanträgen,** bei gleichzeitiger Transparenz der Förderstrukturen und Offenheit für neue Initiativen.
- **Kostenfreie Nutzung kommunaler Räume** für Vereine und kulturelle Initiativen.
- **Förderung regionaler Kultur und Traditionen** (z. B. Plattdeutsch, regionale Musik- und Tanzformen).
- **Freie Kulturträger stärken:** Theatergruppen, Musikerinnen, Musiker sowie Künstlerinnen und Künstler gezielt fördern.

- **Erhalt und Förderung von Dorf- und Stadtteilkulturhäusern sowie Jugendzentren** als niedrigschwellige Begegnungsorte.
- **Die Freiwilligen Feuerwehren müssen stets mit zeitgemäßer und sicherer Technik ausgestattet sein.**

12. UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

Eine gesunde und intakte Umwelt ist für uns ein zentrales politisches Ziel. Kommunen tragen eine Mitverantwortung für ein lebenswertes Umfeld. Der Klimawandel stellt dabei eine große Herausforderung dar, die wir mit Vernunft und Augenmaß angehen wollen. Von allen kommunalpolitischen Handlungsfeldern wirken sich insbesondere der Wohnungsbau und die Verkehrspolitik auf Umwelt und Klima aus. **Wir wollen, dass die sozialen Kosten von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nicht aus dem Blick geraten.**

Statt Maßnahmen, die das Leben für viele Menschen verteuern, setzen wir auf **Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen wie Aufforstungsprogramme, die Wiedervernässung und Rekultivierung von Mooren sowie die kommunale Förderung von Energiesparmaßnahmen an Gebäuden.** Ein weiterer wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz ist die klare Ablehnung von Militarisierung und Aufrüstung. Jede Waffe verbraucht bei ihrer Herstellung wertvolle Ressourcen, und ihr Einsatz zerstört Umwelt und Klima mit langfristigen Folgen. Als BSW setzen wir uns für zivile und nachhaltige Produktion, zivile Häfen und eine ausschließlich zivile Infrastruktur ein. Ebenso zentral ist die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine bessere Anbindung der ländlichen Räume.

Offene Grünflächen und Streuobstwiesen müssen erhalten bleiben, da sie Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind und zugleich wichtige CO₂-Senken darstellen. Es braucht gezielte Maßnahmen für den Erhalt dieser Flächen. Der Schutz der Biodiversität erfordert eine langfristige und verlässliche Perspektive.

Niedersachsen hat die Kommunen verpflichtet, mindestens 2,2 % der Landesfläche für Windkraftanlagen auszuweisen. Diese Vorgabe sehen wir kritisch, auch vor dem Hintergrund, dass unklar ist, ob der Flächenbedarf für notwendige Energiespeicher dabei bereits berücksichtigt wurde. **Ein weiterer Ausbau der Windkraft ist nur sinnvoll, wenn er mit einem parallelen Ausbau der Stromnetze und dezentraler Speicher einhergeht.** Windkraftanlagen sollten, sofern diese Bedingungen erfüllt sind, vorrangig entlang von Autobahnen errichtet werden, um gewachsene Landschaften zu entlasten. Die Rodung von Wäldern für den Bau von Windkraftanlagen lehnen wir ab.

Beim Ausbau erneuerbarer Energien wollen wir Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen stärker beteiligen, etwa durch Mitspracherechte, Energiegenossenschaften und kommunale Eigenbetriebe. Landschaftsschutz und ein lebenswertes Wohnumfeld müssen dabei Vorrang haben. Windkraft- und Solaranlagen dürfen nicht in Konkurrenz zu Wäldern oder landwirtschaftlich genutzten Flächen treten.

Solaranlagen sollen vorrangig auf öffentlichen Gebäuden, Parkplätzen, Ställen und Gewerbeobjekten installiert werden, sofern technische und örtliche Voraussetzungen dies zulassen. Der Bau von Solaranlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen darf nur nachrangig erfolgen und ausschließlich auf Flächen mit geringer landschaftlicher Schutzpriorität, die landwirtschaftlich nicht sinnvoll genutzt werden können.

Die Umstellung der Heizsysteme erfordert insbesondere beim Einbau von Wärmepumpen in Bestandsgebäuden häufig hohe Investitionen. Dies führt zu weiter steigenden Wohnkosten. Viele Eigentümerinnen und Eigentümer können diese Investitionen nicht leisten, bei Mietwohnungen werden sie oft über Mieterhöhungen an die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. **Grundsätzlich muss Hausbesitzern daher die Wahl ihrer Heiztechnik freigestellt bleiben.** Der Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen ist dort, wo sie verfügbar sind, eine klimafreundliche Alternative zu Öl- und Gasheizungen oder Wärmepumpen. In jedem Einzelfall muss jedoch geprüft werden, ob diese Versorgung langfristig gesichert ist. Bestehende Biogasanlagen sollen vorrangig mit organischen Abfällen betrieben werden; der Einsatz von Getreide darf nur ergänzend erfolgen. Biogasanlagen sollen neben der Stromerzeugung verstärkt auch zur Nahwärmeversorgung genutzt werden.

Wir halten Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zum Schutz von Kindern und älteren Menschen für sinnvoll und notwendig. Eine gezielte Störung des Verkehrsflusses unter dem Deckmantel angeblicher „Verkehrsberuhigung“ lehnen wir jedoch ab. Häufiges Abbremsen und Wiederanfahren erhöht den Kraftstoffverbrauch und den Fahrzeugverschleiß. Ein gleichmäßiger Verkehrsfluss schont Umwelt und Fahrzeuge. Intelligente Ampelschaltungen, wie sie etwa in den Niederlanden, Belgien oder Dänemark eingesetzt werden, sollen Brems- und Anfahrvorgänge reduzieren. Den Missbrauch von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen als Einnahmequelle durch Bußgelder lehnen wir ab.

Im Rahmen von Hitzeschutzkonzepten aufgrund der in den letzten Jahrzehnten zugenommenen Hitzebelastungen, die vor allem ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich beeinträchtigte Personen gefährden, unterstützen wir geeignete Maßnahmen: **Die Entsiegelung von Flächen, die Schaffung zusätzlicher Grün- und Wasserflächen, der Erhalt und Ausbau von Baumbestand sowie die Begrünung von Dächern und Fassaden.** Auch kühlende Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum und eine hitzeresiliente Stadtplanung müssen künftig stärker berücksichtigt werden.

Militarisierung und Aufrüstung zerstören Umwelt und Klima dauerhaft. Zusätzlich belasten Militärübungen und Manöver Natur und Landschaft erheblich. Wir fordern daher, die Umweltauswirkungen militärischer Aktivitäten durch gezielte Messungen des CO₂-Ausstoßes systematisch zu erfassen und eine Klimabilanz der Bundeswehr vorzulegen.

Grundwasserstandorte und Wasserrechte müssen unveräußerlich bleiben. Wasser darf nicht privatisiert werden; Wasserrechte für internationale Konzerne lehnen wir ab. Die Grundwasserversorgung darf zudem nicht durch eine Wasserstoffproduktion gefährdet werden.

Wir fordern ein vollständiges Verbot von Fracking. Die Gasförderung in der Nordsee ist wenig ergiebig und steht in keinem Verhältnis zu den entstehenden Umweltschäden. Diese Form der Förderung lehnen wir daher ab.

Unsere Forderungen:

- Wir wollen, dass die **sozialen Kosten von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen nicht aus dem Blick geraten.**
- Statt Maßnahmen, die das Leben für viele Menschen verteuern, setzen wir auf Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen wie **Aufforstungsprogramme, die Wiedervernässung und Rekultivierung von Mooren.**
- **Erhalt offener Grünflächen und Streuobstwiesen** als Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

- Ein weiterer Ausbau der Windkraft ist nur sinnvoll, wenn er mit einem **parallelen Ausbau der Stromnetze und dezentraler Speicher einhergeht.**
- **Entsiegelung von Flächen, die Schaffung zusätzlicher Grün- und Wasserflächen, der Erhalt und Ausbau von Baumbestand sowie die Begrünung von Dächern und Fassaden im Rahmen eines sinnvollen Hitzeschutzes.**

13. LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft in Niedersachsen nimmt im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein. Eine wirtschaftlich starke und zukunftsorientierte Landwirtschaft ist zugleich ein zentraler Pfeiler für die Entwicklung und den Erhalt lebenswerter ländlicher Räume. In den vergangenen Jahren haben sich die landwirtschaftlichen Betriebe deutlich verändert – sowohl hinsichtlich ihrer Größe als auch ihrer strukturellen Vielfalt. Ein durchschnittlicher Haupterwerbsbetrieb bewirtschaftet heute rund 90 Hektar Acker- und Grünland. Angesichts des hohen Arbeitsaufkommens sind viele landwirtschaftliche Familienbetriebe auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen.

Unser Ziel ist es, auskömmliche Einkommen für landwirtschaftliche Familienbetriebe ebenso zu sichern wie faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für angestellte Fachkräfte und Mitarbeitende. Landwirte müssen gerechte Preise für ihre Produkte erzielen können und dürfen nicht länger durch Dumpingpreise großer Lebensmittelkonzerne und Schlachtereien in eine Abhängigkeit von Subventionen gedrängt werden.

Wir setzen uns für die **gezielte Förderung lokaler und regionaler Absatzmärkte** für kleine und mittelständische Verarbeitungsbetriebe – etwa Molkereien, Schlachtereien und Hofläden – ein. Das verkürzt Lieferwege, stärkt den ländlichen Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum, macht unabhängiger vom Weltmarkt und verbessert zugleich das Tierwohl. **Bei der Belieferung kommunaler Einrichtungen und Schulkantinen muss die regionale Herkunft der Lebensmittel ein zentrales Vergabekriterium werden. Kommunen sollen regionale Landwirte und Marktbesicker aktiv bei der Direktvermarktung auf Wochenmärkten unterstützen.**

Landwirten müssen wieder größere Entscheidungsfreiräume bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen eingeräumt werden. Sie verfügen über das notwendige Fachwissen – nicht politische Entscheidungsträger. Gleichzeitig ist ein konsequenter Abbau überflüssiger bürokratischer Auflagen erforderlich, damit sich die Betriebe auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können.

Bei Umweltauflagen setzen wir auf Einbindung der Landwirte, praktikable Kompromisse, angemessene Übergangsfristen und unbürokratische Förderinstrumente.

In der Forstwirtschaft soll Aufforstung vorrangig mit heimischen Baumarten erfolgen. Durch Mischwälder lassen sich die Probleme vermeiden, die aus Monokulturen entstehen. Gleichzeitig ist der Anbau von Nadelhölzern weiterhin notwendig: So bildet etwa die Fichte aufgrund ihres schnellen Wachstums nach wie vor das Rückgrat der heimischen Forstwirtschaft und sorgt für verlässliche Holzerträge. Der Schutz und die

nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder sichern zugleich Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft und der Holzindustrie.

Landwirte setzen sich tagtäglich für gute Haltungsbedingungen ihrer Tiere in Ställen und auf Weiden ein. Um diese weiter zu verbessern – ebenso wie die Bedingungen in Schlachthöfen – braucht es kostendeckende Erzeugerpreise, gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Für uns gilt: Landwirte müssen ihr Einkommen über den Verkauf ihrer Produkte erzielen können, nicht über Subventionen.

Zum Tierschutz gehört auch die Jagd als bewährtes Instrument der Seuchenprävention und zur Vermeidung von Wildschäden. Dazu zählen gezielte Eingriffe bei überhandnehmenden Arten wie Wolf, Kormoran, Nutria oder Biber, wenn deren Bestände Schäden an Artenvielfalt, Landwirtschaft oder Kulturlandschaft verursachen.

Der wachsende Wolfsbestand führt zunehmend zu Konflikten mit Weidetierhaltern. Um sowohl die Interessen der Tierhalter als auch den Schutz des streng geschützten Wildtieres ausgewogen zu berücksichtigen, ist ein wirksamer Herdenschutz – etwa durch Zäune, Herdenschutzhunde und begleitende Maßnahmen – das Mittel der ersten Wahl. Guter Herdenschutz reduziert Übergriffe auf Nutztiere und verhindert, dass sich Wölfe auf diese spezialisieren.

Unsere Forderungen:

- **Förderung lokaler und regionaler Absatzmärkte.**
- **Unterstützung von Marktbeschickern und Landwirten** bei der Erschließung regionaler Märkte.
- **Regionalität landwirtschaftlicher Produkte als zentrales Kriterium bei der Belieferung von Schulmensen und öffentlichen Kantinen.**
- Größere Aufforstungsmaßnahmen möglichst ausschließlich mit heimischen Baumarten.

14. KINDER- UND JUGENDSCHUTZ

Kinder und Jugendliche sind die Schutzbedürftigsten in unserer Gesellschaft.

Dennoch zeigen Studien und Polizeistatistiken, dass sie nicht ausreichend vor physischer, psychischer und sexueller Gewalt geschützt sind. Fälle von Kindesmisshandlung, Vernachlässigung oder sexualisierter Gewalt erschüttern immer wieder die Öffentlichkeit und machen deutlich, dass wir als Gesellschaft noch mehr tun müssen, um Kinder und Jugendliche zu schützen.

Neben dem Schutz geht es auch darum, Bewusstsein zu schaffen, Aufklärung zu fördern und Eltern sowie Kinder mit verlässlichen Angeboten zu begleiten. Prävention beginnt im Alltag: in Kitas, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen und Familien. Doch noch immer fehlen verbindliche Standards, transparente Anlaufstellen und ausreichend niedrigschwellige Beratungsangebote. Viele Hürden bestehen allein darin, dass

Betroffene oder Angehörige nicht wissen, wo sie Hilfe finden. Hinzu kommt die wachsende Gefahr durch das Internet: Kinderpornografie, Grooming und die leichte Verfügbarkeit von Pornografie stellen Risiken dar, mit denen Kinder und Jugendliche nicht allein gelassen werden dürfen.

Digitale Aufklärung und Schutzmaßnahmen sind deshalb genauso wichtig wie physische Sicherheit. Prävention benötigt zwingend auch die Stärkung der Eltern, insbesondere Alleinerziehender, durch Konkrete Unterstützungsangebote und eine bessere Infrastruktur. **Das BSW setzt sich für die Förderung von Familien und Alleinerziehenden und eine Aufwertung der Sorgearbeit ein.** Wir fordern, dass Polizei und Kinderschutzorganisationen verstärkt bereits in Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen Präventionsarbeit leisten können. Wir fordern die Einführung eines Kinderschutzkonzepts, das in allen Einrichtungen (z. B. KiTas und Schulen) umgesetzt werden muss.

Von der kommunalen Ebene aus wollen wir Druck auf die Landesregierung machen, um die Ausbildung von Tageseltern zu verbessern und die Sicherheit von Kindern bei Tageseltern zu erhöhen. Wir fordern mehr Gewaltprävention an Schulen.

Das BSW in Niedersachsen setzt sich insgesamt dafür ein, unterschiedliche Akteure des Kinder- und Jugendschutzes auf kommunaler Ebene besser zu vernetzen, um Familien und Alleinerziehende zu unterstützen. **Ziel ist es, Kinder und Jugendliche künftig besser vor sexualisierter, digitaler und sonstiger Gewalt zu schützen und die freie und selbstbestimmte Entwicklung jedes jungen Menschen zu fördern!**